

Volksstimme

Einzelpreis 15 Pfennig

Tageszeitung der Sozialdemokratischen Partei im Regierungsbezirk Magdeburg

Die Volksstimme erscheint an jedem Wochentag abends. - Verantwortlich Karl Hübnermann, Magdeburg. - Verantwortlich für Inserate W. Heim Windau, Magdeburg. - Druck und Verlag von W. Franke & Co., Magdeburg, Gr. Mühlstraße 2. - Fernsprechn. Aufschrift 2264 bis 2267. - Verteilung für Seite 210. - Zeitungspreis der Zeitung: Monatlich 2.00 Mark. Abnehmer 1.80 Mark. Einzelpreis 15 Pf. Sonntag 20 Pf. Anzeigenpreis: Die halbe Spalte 27 am breite Konparatelle 27 Pf., anwärts 30 Pf., Familienanzeigen und Stellengesuche 15 Pf., Vereinskalender 50 Pf., die halbe Spalte 90 am breite 1.50 Mark. Abgabe geht verloren, wenn nicht binnen 10 Tagen nach Empfang der Rechnung erfolgt. Anzeigen unterm Text 15, 2 Aufsatz. Für Platzvertrieb keine Gewähr. Erfüllungsort Magdeburg. Postkontingent 127 Magdeburg.

Nr. 178

Magdeburg, Dienstag den 2. August 1927

38. Jahrgang

Der Streit um die Königskrone

Carol von Rumänien meldet sich

Paris, 1. August. In der Pariser Presse veröffentlicht der frühere Kronprinz Carol von Rumänien eine Erklärung, in der es heißt:

Trotz meines lebhaften Wunsches, mich zu dem Beisetzungsfeierlichkeiten meines Vaters zu begeben, wurde mir in streitigster Form mitgeteilt, daß meine Anwesenheit nicht erwünscht sei. Obgleich diese Antwort mir gegenüber als der letzte Wille des Königs hingestellt worden ist, bin ich darüber unterrichtet, daß der letzte Wunsch meines Vaters ganz im Gegenteil hiezu stand.

Wir liegt der Gedanke fern, in meinem Lande irgendeine Aktion zu entfachen. Wenn ich vor 1 1/2 Jahren auf meine Rechte verzichtet habe, so deshalb, weil ich durch Personen und Mittel dazu gezwungen worden bin, über die ich mich im einzelnen nicht äußern will. Es ist mir sehr nahegegangen, mich entschließen zu müssen, diesen Schritt zu tun, dessen sämtliche Folgen ich beklage. Die Legenden selbstmörderischer Art, die man über mich verbreitet hat, hatten mit meinem Entschluß nichts zu tun.

Heute hat sich die Lage geändert, denn heute erweckt die Zukunft Rumäniens ernste Besorgnisse, während sie sich damals nach menschlichem Ermessen unter den besten Auspizien darstellte. Irgendein Grund zu Beschränkungen für die Gesundheit des Königs war nicht vorhanden, man rechnete vielmehr damit, daß er ziemlich lange regieren werde. Inzwischen ist mein Vater verschieden und hat eine ernste Erbschaft hinterlassen. Um nichts in der Welt darf zugelassen werden, daß die Initiative und fruchtbare Arbeit zweier Generationen in Gefahr gebracht wird.

In bin der Ansicht, daß ich als Rumäne und Vater (der jetzige künftige König Rumäniens ist Karls Sohn) das Recht und die Pflicht habe, über die Größe der Nation zu wachen, die

der Gegenstand der Fürsorge zweier ruhmvoller Souveräne gewesen ist, damit der Staat in keiner Weise beeinträchtigt wird, damit mein Sohn ein unantastbares Erbe erhält, wenn seine Zeit gekommen ist.

Diese Lage gibt mir das Recht, persönlich zu intervenieren. Ich bin und war immer ein heißer, loyaler Patriot. Ich habe den lebhaften Wunsch, meinem Lande nützlich zu sein und nicht dort Unruhe hervorzurufen. Aber ich werde es niemals ablehnen können, dem Wunsche meines Volkes zu gehorchen und seinem Rufe zu entsprechen, wenn er an mich gerichtet wird.

Diese Erklärung des Prinzen wird in Verbindung gebracht mit den Besuchen, die dem Prinzen von Vertretern des rumänischen Parteiführers Sörga abgestattet worden sind. —

Volksabstimmung über Carols Rückkehr?

Der französische „Intransigent“ läßt sich aus Bukarest melden, daß in dortigen politischen Kreisen die Bedenken ernstlich um sich greifen, ob es nicht besser sei, den Prinzen Carol zurückzurufen, statt daß das Land einer 20jährigen Regentschaft ausgeliefert würde.

Man glaubt, daß diese Frage in einer Volksabstimmung entschieden werden wird. —

Rumäniens Geldorgen

Sofort nach Abschluß der parlamentarischen Arbeiten wird sich der rumänische Finanzminister, wie die Pariser Blätter melden, nach Paris und London zwecks Abschlußes einer großen rumänischen Uslandsanleihe begeben.

Vertagung der Seeabrüstungskonferenz

Genf, 1. August. (Schweizerische Depeschagentur.) Auf Verlangen der amerikanischen Delegation wurde die Vollziehung der Seeabrüstungskonferenz, die zuerst für heute festgesetzt worden war, auf zwei bis drei Tage verschoben.

Die Vertagung wird damit begründet, daß die Vollziehung noch in allen Einzelheiten vorbereitet werden muß; aber, wie es scheint, wurde der amerikanische Schritt durch wichtigere Momente veranlaßt. Am Sonntag morgen stattete Viscount Hsi Gibson einen Besuch ab. Sierauf begab sich der Chef der amerikanischen Delegation in Begleitung von Admiral Johnes zu Bridgeman und nach der Besprechung zwischen Bridgeman und Gibson wurde die Sitzung von Montag abgesetzt.

Es ist vielleicht nicht ausgeschlossen, daß Japan noch einmal versucht, den Vermittler zwischen den beiden andern Parteien zu spielen. Andererseits hat die amerikanische Delegation (siehe den Text einer politischen Sicherungsklausel für den Fall, daß das Abkommen zum Abschluß gelangen sollte, veröffentlicht, die vorher von den Delegationen besprochen und angenommen wurde. Der Text der Sicherungsklausel ist folgender:

Im Falle, daß vor dem 31. Dezember 1936 eine der vertraglich verbindlichen Parteien zu der Auffassung käme, daß die in der Klasse der Kreuzer zugehörige Kategorie von einer andern Partei beigestellt verwendet würde, daß die Notwendigkeit der Richtigstellung der Gesamtonnagen dieser Klasse gegeben wäre, kann diese Partei jederzeit nach dem 31. Januar 1931 und mit Innehaltung einer sechsmonatigen Frist eine Konferenz der Mächte einberufen zur Untersuchung der Frage, ob die Richtigstellung durch gegenseitige Abmachung herbeigeführt werden kann. Im Falle, daß eine Verständigung nicht möglich wäre, kann jede vertraglich verbindliche Partei die Aufhebung der Konvention verlangen.

Diese Mobilisierung soll in dem auf den Empfang durch die andern Signatarmächte folgenden Jahre ausgeführt werden. Unter diesen Bedingungen würde der Vertrag unter den andern Parteien ebenfalls zu Ende gehen.

Die Tatsache, daß der Entwurf dieser Klausel am Sonntag abend durch die amerikanische Delegation veröffentlicht worden ist, wir die Konferenzzeit als eine letzte Anstrengung seitens dieser Delegation angesehen, die britische Delegation zur Annahme eines Kompromisses zwischen ihren Vorschlägen und den unverändert gebliebenen Forderungen der Vereinigten Staaten zu veranlassen.

Am Donnerstag Vollziehung

Genf, 1. August. Die ursprünglich für heute nachmittags einberufene und gestern auf unbestimmte Zeit verschobene Vollziehung der Seeabrüstungskonferenz wird nunmehr auf Grund einer heutigen Vereinbarung zwischen den drei Delegationen am Donnerstag nachmittags stattfinden.

In Konferenzkreisen wird heute ausnahmslos damit gerechnet, daß dies die Schlusstag der Konferenz sein wird. Die Erklärung, die Vizepräsident Gibson für die amerikanische Delegation in der Donnerstagsitzung abgeben wird, hat bereits die Zustimmung Sowjedes erhalten. Die gestern abend von der amerikanischen Delegation veröffentlichte politische Klausel, die in das Abrüstungsabkommen aufgenommen werden soll, hat nicht die Zustimmung der englischen Delegation gefunden. Engländerseits wird besonders betont, daß die amerikanische Klausel das Zustandekommen eines Abkommens voraussetzt, was jedoch bisher alle Voraussetzungen fehlen. Unter diesen Umständen

erscheint eine Weiterführung der Verhandlungen kaum mehr möglich, so daß, wenn nicht bis Donnerstag völlig unvorhergesehene Umstände eintreten, mit dem Abbruch der Konferenzverhandlungen Ende der Woche gerechnet werden muß. —

Hörzings Nachfolger

Wie der „Vorwärts“ meldet, ist, nachdem Otto Landsherg endgültig auf die Kandidatur verzichtet hat, vom preussischen Ministerium des Innern der sozialdemokratische Landtagsabgeordnete Professor Waentig aus Halle als Nachfolger Hörzings im Magdeburger Oberpräsidium in Vorschlag gebracht worden. Wenn das Kabinett dem Vorschlag zustimmt, woran kaum zu zweifeln sein dürfte, so wird das Einvernehmen mit dem Provinzialausschuß nachgesucht werden.

Heinrich Waentig ist 57 Jahre alt. Er stammt aus Zwickau und ist als Nationalökonom seit 1895 an preussischen Universitäten tätig. Seit dem Herbst 1904 wirkt er als ordentlicher Professor der Nationalökonomie an der Universität Halle. Er wurde 1919 als Sozialdemokrat in die verfassunggebende Landesversammlung und bei den folgenden Wahlen auch in den Preussischen Landtag gewählt. —

Gegen die Wiener Gemeindevache

Wien, 1. August. (Signer Drahtbericht.) Die Wiener Zeitung „Der Morgen“ meldet, daß man bei der österreichischen Regierung einen diplomatischen Schritt der fremden Gesandtschaften über die neue Gemeindevache, ihre Stärke und Bewaffnung sowie ihre gesetzlichen Grundlagen und ihren Verwendungszweck erwartet.

Es hat den Anschein, daß diese Meldung des „Morgens“ ein Versuchsballon christlich-sozialer Kreise ist, die auf diese Weise die fremden Regierungen zu einem Schritte gegen die ihnen verhasste Gemeindevachswache veranlassen wollen. In diesem Falle würde die von christlich-sozialer Seite inspirierte Meldung einen Fall von moralischem Landesverrat darstellen. —

Prinz Demela wird Schauspieler

Berlin, 1. August. (Signer Drahtbericht.) Der falsche Hohenzollernprinz Demela, der vor kurzem aus dem Gefängnis entlassen wurde, beschäftigt jetzt, sein Talent als Friseurbarbier nützlich zu verwerten, ohne mit dem Strafgesetzbuch in Konflikt zu geraten.

Er ist von einem Berliner Theaterdirektor engagiert worden und wird nach in dieser Woche im Theater am Rattenborplatz als Erbsprinz Carl Feing in dem Schauspiel „Hänselberg“ auftreten.

Die Zerstörung von Orchies

Am 25. September 1914 wurde die Stadt Orchies (10 000 Einwohner) in Nordfrankreich von deutschen Truppen in Brand gesteckt und „dem Erdboden gleichgemacht“. Veranlassung gab die Beschießung einer deutschen Autokolonne des Roten Kreuzes — wie die deutschen Kommandostellen annehmen — durch Einwohner von Orchies. Nach dem Einmarsch deutscher Truppen wurden in Orchies die schwer verstümmelten Leichen deutscher Soldaten gefunden. Es ist wegen Orchies seit einigen Tagen eine lebhafte Debatte zwischen der deutschen und der französischen Regierung im Gange, wobei beiderseits Zeugenansagen veröffentlicht werden, die beweisen sollen, daß immer die andere Seite im Unrecht war. Wir geben dazu dem Völkerrechtler Hebbeg das Wort.

Die große Debatte, die jetzt vor der ganzen Welt zwischen Deutschland und Frankreich über die Zerstörung von Orchies im September 1914 geführt wird, macht uns mit erschreckender Deutlichkeit klar, daß seit dem Ende des Krieges nichts geschahen ist, um auf dem Wege einer völlig unparteiischen Untersuchung die gegenseitigen Anklagen über Kriegsverbrechen zu klären. Die Einsetzung einer neutralen Kommission wäre schon um dessentwillen notwendig gewesen, weil es während des Weltkriegs zur Propaganda jeder Partei gehörte, der andern möglichst viel Völkerrechtsverletzungen vorzuwerfen und weil der Haß, der durch diese gegenseitigen Beschuldigungen erregt worden ist, durch unparteiische Feststellungen hätte gemindert werden können.

Sicherlich wäre Deutschland nach dem Zusammenbruch bereit gewesen, in eine solche internationale Untersuchungskommission einzwilligen. Die entscheidende Schuld, daß es zur Einsetzung einer solchen Kommission nicht kam, lag bei den Alliierten, die glaubten, in einer Sache, in der sie selbst Partei waren, gleichzeitig Richter sein zu können.

Allerdings hat die deutsche Nationalversammlung im Jahre 1919 einen parlamentarischen Untersuchungsanspruch, um u. a. auch die gegen Deutschland erhobenen Vorwürfe wegen Verletzung des Völkerrechts zu prüfen. Dieser Anspruch hat aber, wie leider gesagt werden muß — als Sachverständiger des ersten Untersuchungsbeirats dieses Untersuchungsausschusses, der sich mit dem Wesentlichen Deutschlands auf den Haager Friedenskonferenzen befaßte, bin ich mit der Art, wie der Ausschuß an die Probleme heranging, völlig vertraut — die auf ihn gesetzten Erwartungen nicht erfüllt. Der Ausschuß hat, was angeht seine Zusammenfassung (er besteht aus den Vertretern aller Parteien) durchaus verständlich ist, nicht das hohe Maß von Unparteilichkeit aufgebracht, das erforderlich war, um seinen Feststellungen die notwendige Autorität zu sichern. So war die Wirkung genau die entgegengesetzte, die man beabsichtigt hatte. Die allzu rücksichtsvolle Würdigung von Handlungen der eignen Truppen konnte in der Welt leider nur den Glauben erwecken, daß Deutschland auch heute noch nicht bereit sei, die von den eignen Truppen begangenen Völkerrechtsverletzungen als solche zu beurteilen.

Aber ist gegen die andern Völker nicht genau der gleiche Vorwurf zu richten? Haben sie nicht in, vor und nach Versailles gegen Deutschland Anklagen wegen völkerrechtswidriger Führung des Krieges erhoben, ohne mit der erforderlichen Strenge die von den eignen Truppen begangenen Gewalttätigkeiten zu untersuchen?

Das Schlimmste an dem gegenwärtigen Streitfall ist die Tatsache, daß wir wiederum erkennen, mit welcher Selbstergerechtigkeit hüten und drüben alle Anklagen nur gegen den Gegner, nicht aber gegen die eignen Organe gerichtet werden.

Gerade im Falle der Zerstörung von Orchies tritt das klar hervor. Ich weiß nicht, ob es möglich sein wird, diesen Fall heute noch in allen wichtigen Einzelheiten einwandfrei zu klären. Keinen Zweifel aber habe ich daran, daß auf beiden Seiten nicht so verfahren worden ist, wie die tiefere Auffassung von Recht und Menschlichkeit dies erforderte. Allerdings stehen sich hinsichtlich der Beschädigung von Sanitätswagen am 23. September 1914 durch französische Soldaten und Zivilisten die beiderseitigen Darlegungen vorläufig noch unvereinbar gegenüber. Französischerseits wird behauptet, daß zuerst aus einem Sanitätswagen heraus geschossen worden ist. Deutscherseits wird erklärt, daß der erste Schuß von der Gegenseite gefallen sei. Unzweifelhaft ist aber, daß in den darauffolgenden Tagen deutsche Soldaten verstümmelt worden sind, wobei nur ungewiß bleibt, ob die Verstümmelung an Laten oder verwundeten Soldaten erfolgte. Ganz gewiß sind also auf französischer Seite vor der Zerstörung von Orchies schwere Völkerrechtsverletzungen vorgenommen worden.

Eine andre Frage ist freilich die nach der Rechtmäßigkeit der Fortführung von Ordis. Zunächst steht nicht einwandfrei fest, ob die Bewohner von Ordis an der Beschickung der Sanitätszüge bzw. der Verstärkung der deutschen Soldaten beteiligt waren. Nach der Räumung der Stadt durch die Einwohner war ferner nicht zu erwarten, daß der eigentliche Zweck der Repressalie, die Verhinderung zukünftiger ähnlicher Gewalttätigkeiten durch die Bewohner der zerstörten Stadt, noch erreicht werden könnte. Schließlich bin ich der Meinung, daß es überhaupt zu weit geht, eine ganze Stadt für die Handlungen einzelner Bewohner zu zerstören. Angesichts der bestrittenen Natur der Repressalie im Völkerrecht wird man freilich dem deutschen Truppenführer den guten Glauben hinsichtlich der Zulässigkeit seines Vorgehens schwerlich abstreiten können.

So falsch es nun meines Erachtens war, daß Poinecaré die alten Anlagen in einseitiger Form jetzt erneuert hat, so unrichtig erscheint es, daß die deutsche Regierung auf die französische Anlage antwortete, ohne die Zerstörung der Stadt zu bedauern.

Eine internationale Debatte über die Rechtswidrigkeiten des letzten Weltkriegs wird heute kaum noch zu einem befriedigenden Ergebnis führen. Zwar sind die Völker ruhiger geworden, aber die Zeit hat die Fälligkeit des Beweises über Einzelheiten unendlich erschwert. Auch ist zu fürchten, daß solche Debatten letzten Endes mit den Völkern aufs neue führen. Dagegen ist unbedingt nötig, daß die Staaten die Debatten der jüngsten Zeit zum Anlaß nehmen, um ein unparteiisches Verfahren heute schon sicherzustellen, das im Falle eines künftigen Krieges Rechtswidrigkeiten feststellt. Früher hat man internationale Kommissionen als etwas der Souveränität der Staaten widersprechendes betrachtet. Man hat sie inzwischen längst zur Vermeidung von Kriegen für zulässig erklärt. Sollte es nicht auch notwendig sein, sie zur Feststellung von Rechtswidrigkeiten in einem zukünftigen Kriege, den man nicht verhindern konnte, vorzusehen? Auch wäre es dringend zu empfehlen, einer kürzlich von Prof. Mendelssohn-Bartholdy gemachten Anregung entsprechend, Repressalien überhaupt zu verbieten.

Wichtiger als alles dies ist freilich die Arbeit für die Verhinderung eines neuen Weltbrandes. Gerade jetzt, am 13. Jahrestag des Ausbruchs des Weltkriegs, sollten wir erneut das Gelübnis ablegen, alles zu tun, um eine Wiederkehr solch entsetzlichen Unglücks zu verhindern. Wenn die Ruinen von Ordis der Menschheit erneut gezeigt haben, welch ungeheures Verbrechen jeder Krieg ist, dann allein hat die an sich bedauernswerte Neuaufrollung jener Vorgänge einen Wert gehabt.

Schule und Arbeiterschaft

Uns wird geschrieben:

Ohne Verbesserung der Schule kein Aufstieg der Arbeiterschaft! Dieser Satz hat die größte Bedeutung für die Arbeiterschaft in den fortgeschrittenen Industrieländern. Nichts kann uns besser die Verfestigung unserer politischen Verhältnisse als die Tatsache, daß sich Deutschland, statt einmal erkrankt über die soziale Seite der Schulfrage nachzudenken, mit Konfessionsängsten und Geistesfragen der Vergangenheit herumblättern.

Die Reaktion hat freilich an einer sozialen Neugestaltung unsers Schulsystems kein Interesse; sie will mit der Konfessionsbeuge in der Schulfrage politische Geschäfte machen. Graf Helldorfs Rechnung ist fahel und durchsichtig: Herumdoktern an der Schulfrage, bis das Zentrum gezwungen ist, Arm in Arm mit den Rechtsparteien unter dem Aufse: „Die Religion ist in Gefahr!“ in den Wahlkampf zu ziehen, damit die Arbeiterschaft, die freie und die christliche, gründlich auseinandergerückt wird, damit die christlichen Arbeiter nach den Wahlen im Bürgerlock abermals an die Reihe gelegt werden und Faschisten und Kapitalisten von neuem im trüben süßen können. Gerade der religiös empfindende Teil der Arbeiter im christlichen Lager und im Lager der freien Gewerkschaften wendet sich mit Ekel von

dem politischen Schulgeiz ab; denn die Arbeiterschaft hat andere Sorgen — auch in der Schulfrage, gerade in der Schulfrage.

Das soziale Schulproblem, das aufs engste mit dem Arbeitsmarktpolynom verbunden ist, schreit förmlich nach Reformen. Die fortgeschrittenen Industrieländer kommen heute nicht mehr mit dem alten Schulsystem aus. Was für die letzten 50 Jahre ausreichte, genügt heute nicht mehr für den weiteren Aufstieg der Arbeiterklasse und für die Entwicklung moderner Qualitätsarbeit. Wir brauchen ein elastischeres, beweglicheres Schulsystem, das nur in Verbindung mit den neuen Ideen für eine planmäßige Arbeitsmarktpolitik geschaffen werden kann. Der alte Schulbildungspolynom und die Schnellleiche-Einrichtungen der Privatschulen, Pressen und dergleichen gehören heute



Die Zollmauern Europas.
Recht: „Und da glauben die europäischen Völker, miteinander Handel treiben zu können.“ (Telegraf)“

zu den schlimmsten Feinden einer gesunden Arbeitsmarktpolitik. Daher z. B. auch die ungeheure Ueberfegung des Arbeitsmarktes jugendlicher Arbeitskräfte im Handels-gewerbe. Da werden junge Leute für einige Wochen und Monate auf Privatschulen geschickt oder sie besuchen ein paar Jahrgänge einer Mittelschule, und dann werden sie auf die Menschheit losgelassen. Zahllose Tragödien sind die Folgen dieser sinnlosen Bildungsschüsteri. Unzählige Existenten, die nichts Vernünftiges gelernt haben, werden in die Welt geschickt, um in kurzer Zeit der Arbeitslosigkeit oder einem jämmerlichen Vergehen anheimzufallen.

Mit behördlichen Vorschriften ist gegen diese Dinge nur schwer anzukämpfen; denn das Grundübel, das einer vernünftigen Arbeitsmarktpolitik für Jugendliche im Wege steht, ist der Klassen- und Stängengeist, der heute noch immer unser ganzes Schulsystem beherrscht. Der falsche Ehrgeiz der Eltern zwingt Tausende und aber Tausende aus dem Wachstum in alle möglichen Mittel- und Privatschulen, statt sie Arbeiter werden zu lassen. Man macht die Existenz vom Fetisch des Schulzeugnisses abhängig.

Dabei sieht auch ein Blinder, daß künftig nicht mehr die allgemeine Schulbildung entscheidend ist, sondern nur die Fortbildung — die Fortbildung für jeden in jedem Beruf. Wir brauchen ein großzügiges, modernes Fortbildungssystem, das den Jugendlichen womöglich bis zu

20 Jahren und darüber hinaus erfasst. Erst im werktätigen Leben zeigen sich die wahren Anlagen und Fähigkeiten, und diese gilt es dann durch rechtzeitige und ausreichende Fortbildungsmöglichkeiten zu fördern.

An die Stelle des alten starren Systems der Bildungs-abstimmung muß für Möglichkeiten zum Aufstieg in bereits gewählten Beruf oder über diesen hinaus oder zum neuen, erst später entdeckten, richtigen Beruf die Bahn freigemacht werden. Das ist das wirkliche Schulproblem unserer Zeit.

Wenn nur die Hälfte der Energie, die im Kampf um die Konfessionschule zur Beschöpfung und Ver-schöpfung von Geisteskräften aufgewandt wird, dazu benutzt würde, um endlich einmal in der Öffentlichkeit gegen den auf dem Massen- und Kostenhochmut beruhenden falschen Ehrgeiz der Eltern Sturm laufen, dann wäre schon viel erreicht. Das vielgerühmte Elternrecht schafft in der Praxis oft nur furchtbares Unrecht an den Kindern. Wenn irgend-wo, dann gilt hier das bekannte Wort Nietzsche's: „Welches Kind hätte nicht Grund, über seine Eltern zu weinen!“

Schafft billige Baustoffe!

Während der Erörterung des Chapman-Projekts für Berlin wurde vom preussischen Wohlfahrtsminister mehrfach auf die dadurch entstehende Verteuerung der Baustoffe hingewiesen. Auch ohne daß man die Berechtigung dieser Behauptung in einzelnen untersucht, darf man sagen, daß mindestens einige Baustoffe schon heute die Grenze eines angemessenen Preises bedeutend überschritten haben. Schon im Dezember 1920 hat der Ständige Beirat für Heimstättenwesen beim Reichsarbeitsministerium unter Mitwirkung der Führer aller großen Bauverbände — des Internationalen Bauarbeiterverbandes, des Freigewerkschaftlichen Bauarbeiterverbandes, des Christlichen Bauarbeiterverbandes, der Soc. Bauhütten, der Lehr- und Berufsstelle für Naturbauweisen — einstimmig eine Entschlie-ßung angenommen, in der neben der Bereitstellung von billigem Land und billigem Geld die Senkung der Baustoffpreise als unerlässlich für jede befriedigende Lösung des Heimstättenbaues bezeichnet wurde.

Wie sieht es heute aus? Für 1000 Zentnermauerungssteine werden heute in Berlin 38 Mark gefordert; das sind etwa 10 Mark mehr als im Vorjahr. Nun besitzt die Stadt Berlin eine eigene Ziegelei bei Gransee. Sie gilt in technischer Beziehung als mittelmäßig, so daß man also keineswegs behaupten kann, daß sie mit den niedrigsten Kosten arbeitet. Trotzdem ergab eine Prüfung bei diesem Werk als Grundlage des „gerechten“ Preises 24 Mark Selbstkosten. Billigen wir dem Privatbetrieb den gewiß nicht schlechten Gewinn von rund 17 Prozent zu, so wäre der „gerechte“ Preis 28 Mark. Der Ring der Ziegeleibesitzer aber, dessen meiste Mitglieder sicher rationeller arbeiten als der mittelmäßige Betrieb der Stadt Berlin, fordert 38 Mark.

Was bedeutet das? Das Berliner Wohnungsprogramm sieht den Bau von 25 000 Wohnungen vor. Bei diesem 25 000 Wohnungen werden allein durch diese künstliche Verteuerung fünf Millionen Mark vorweggenommen. Wäre für die Feststellung des „gerechten“ Preises Vorforge getroffen, so könnten entweder die Steuern um 5 Millionen niedriger sein, oder aber wir könnten für 5 Millionen Mark mehr Heimstätten errichten. Dabei ist Berlin ja nur ein Einzelbeispiel — anderswo wird es ebenso sein!

Zu gleicher Zeit wird ein anderer Fall bekannt, der zeigt, wie die lebensnotwendigen Baustoffe aus reiner Profitgier künstlich verteuert werden. Ein rheinisch-westfälischer Industriekonzern führt zurzeit mit dem anhaltischen Staatsministerium und der Stadtgemeinde Nienburg (Saale) Verhandlungen zwecks schnelleren Erbauung einer Portlandzementfabrik. Der Konzern hat erstklassige Tonlager erhoben und verspricht sich vom Bau des Mittel-landkanals, der immer weiter an die dortige Gegend heranrückt, von dem Unternehmen einen guten Gewinn. Die

Duisburger Bilderflücker

Sie haben ein neues Mädchen kenn.
Das war natürlich aus Rom.
Sie hatten Lob und Bereden gegessen
In einer Praterstube.
Der Vaterländische Frauenverein,
Als Abschiedsfeier gegen Schickenerin
Nachsicht heraus zum Park,
Von Entenrücken durchschleift,
Und hat eine Maßvollkommenheit
Ihr unter den Kranz geflocht.

Und täglich fanden Vereine heraus
Von romantischen Zeiten,
Schuldlos aus dem Gymnasium
Und Gesellschaften.
Und wachend, bei jedem Aufzug, neben,
Sich anschauen nach Hansi kam.
Ein Fräulein aus dem System,
Das hingelie dem ehernen Bild
Ein Redeschick aus Fronte um.
Der Dichter sprach es so.

Ein Schicksal, der nahm das Verdienst in sich
Da sah man Gattinchen dragen.
Was war der Schicksal mit diesen Schicksal
Was weiter flüchtig zerfallen?
Dass gilt man zu einem kühnen Komplex.
Ein beherzter Dichter sah aus mit Geist
Bei Nacht, mit dem Wort der Schicksal,
Als ging es zum Gattinchen,
Und hantel der neuen Gestalten
Die Existenz fort.

Was wird der ständische Schicksal,
Der sich des ständischen Schicksal,
In den Aufzeichnungen von Duisburg
Von kühnen Zeiten.
Und Schicksal wird öffentlich überhört
Der sah in öffentlichen Haupten erkannt.
So schick die Redungen,
Und auch in Gattinchen
Die kühne Schicksal
Der Duisburger Schicksal. Grieg Weinert

Vom Film

Literatur, die verfilmt wird. Auf der Suche nach guten und neuen Stoffen geraten die Filmfirmen immer weiter ins Nachbarland der Literatur. Täglich kommen jetzt in kaum noch zu übersehender Fülle, aus den Filmbureaus die Bulletin für die neue Produktion, und beinahe jedes dieser Bulletin führt in seiner Spitze, mehr oder minder zahlreich, Filmtitel, die entweder als Roman oder auf der Bühne schon die Marke des Erfolgs getragen haben. Ganz kleine, nicht amüßigend vollständige Auslese sieht so aus:

Die Deje versucht es gleich mit vier literarischen Werken. Es wird für ihre neue Produktion Gerhart Hauptmanns „Fiberpeiz“ besprochen, ferner die Komödie „Kämpfer“ von Max Haug mit Paul Wegener, Sophie Michaelis' „Revolutionszeit“ und Dandies „Promont jr. und Nislerjen“. Reinhold Schünkel bereitet für seine diesjährige Produktion „Der zerbrochene Ring“ von Kleist vor. Wiederhin hängt einen Film nach der Komödie „Moral“ von Ludwig Hahn und Bedelunde „Häufig der Pandora“ an, und Jüdis Film will den Roman „Das gefährliche Alter“ von Anna Michaelis verfilmen.

Bekannt man weiter, daß bereits früher „Die Hofe“, ein von Gerhart Hauptmann und von Louise Bruns als künstlerisch wertvoll bezeichneter Film, die im Berliner Staatstheater spielte Komödie „Ein besserer Herr“ von Hajenleber und „Der fröhliche Weinberg“ von Jansen angefündigt worden sind, und daß diese Beispiele bald beliebig zu vermehren sein werden, dann ist ohne Mühe anzunehmen, wie stark in den kommenden Sommerprogrammen die Literatur vertreten sein wird.

Leopold Jessner verfilmt „Maria Stuart“. Leopold Jessner, der Intendant der Berliner Staatstheater, beginnt Anfang August mit den Aufnahmen zu einem „Maria Stuart“-Film, dessen Hauptrolle Anton Ady spielt. Der Film geht nicht auf das epische Drama zurück, sondern führt sich auf interessante historische Dokumente. Für die Rolle der Maria wurde Margda Schaub verpflichtet.

Das ist die Filmproduktion Maria — im Film. Mit Just Schicksal, der als bekannteste Filmproduktion, die von Gold-berg produziert wurde, das man in Leben mit 1 Million Dollar verpackte, wird plötzlich in einem kühnen Schicksal, das sie eine Darstellung des Schicksal „Der Schicksal“ bezeichnet. Witten

in dem letzten Akte rief sie aus: „Mutter, ich sterbe!“, und warf ihre Arme um den Hals ihrer Mutter, die neben ihr saß. Die Aufführung wurde sofort unterbrochen. Der Theaterarzt stellte fest, daß sie einem Herzschlag erlegen war. Mit Mathis, die feinerzeit Valentins für den Film embeckt hatte, ist nur 85 Jahre alt geworden.

Hajenleber im Film. Hajenlebers Komödie „Ein besserer Herr“ (von der Aufführung der Volksbühne im Wilhelm-Theater auch in Magdeburg bekannt) wird jetzt von der Hochhaus-Film-Gesellschaft unter der Regie Karl Vojes ge-dreht. Paul Bildt, der schon bei der Bühnenpremiere im Staatlichen Schauspielhaus die Titelrolle vertrat, wird auch im Film den Mathis spielen.

Jugend und Volksmusik. Im Rahmen der Frankfurter Musikausstellung „Russ in Leben der Völker“ eröffnete das Zentralinstitut für Erziehung und Unterricht die Volks- und Jugendmusiktagung. Der preussische Kultusminister Doktor Weder als Vorsitzender des Instituts hielt die Begrüßungs-anrede. Er wies auf die verschiedenen Aufgaben hin, die das Institut zu erfüllen habe: den Behördenapparat aus seiner maß-losen Unklammerung zu lösen und eine Brücke zu schlagen zwischen den Verwalteten und den Verwaltenden. Weiter soll das Institut durch Experimente neue Wege finden, die wissenschaftliche Forschung erweitern und das pädagogische Bewusstsein schärfen. Dazu gehört die Klärung methodischer Fragen und alle Schulmusik-probleme sowie Volksmusik, Jugendbewegung, Kirchenmusik und Chorgesang. Die prächtige Entwicklung aller dieser Bewegungen in den letzten Jahren, der innere Zusammenhang mit der neuen Pädagogik macht es erforderlich, diesen Gebieten eigene Tagungen zu widmen, sobald in Berlin zu Offern eine Straßenwoche statt-gefunden hat. Besonders aber hob der Redner hervor, daß die wichtigste Voraussetzung dieser ganzen Bewegung eine laute Meinung sei, die sich vom Einzelwillen zum öffentlichen Auf-sicheren abwendet. Nur wo Musik um ihrer selbst willen ge-trrieben wird, kann von echter Volksmusik gesprochen werden. Das Ziel, diese Neuerungen des musikalischen Volksempfindens in Zusammenhang mit der Kunst und mit der Pädagogik in der Zeit zu bringen, verfolgt diese Volksmusiktagung, die in der Auf-stellung „Russ in Leben der Völker“ den geeigneten Rahmen findet. Der zweite Bürgermeister der Stadt Frankfurt, Graf, und der Direktor der Ausstellung, Otto Ernst Sattler, dankten dem Redner für sein Interesse, daß er der Ausstellung wiederholt entgegengebracht habe.

Stimmen zum Reichsbannerkampf

Joseph Wirth

Reichskanzler a. D. Joseph Wirth schreibt u. a. im „Berliner Tageblatt“ vom Sonntag (Nr. 358) unter der Überschrift „Schwarz-Rot-Gold und die Dunkelmänner“:

Freunde der deutschen Republik! Laßt euch nicht beirren! Keine Verzögerung im Aufmarsch zur Verfassungsfest am 11. August. Wir treffen uns am 14. August in Leipzig. Dort ist Paroleausgabe. Das Geschrei unserer Gegner in diesen Tagen ist Episode. Es vergeht wie Rauch und Schall. Sie wollen nur unsere Reihen auflockern, sprengen und in Verwirrung bringen. Neben wir offen über den sogenannten Konflikt. Nicht in geheimen Konventikeln. Auf offener Straße, durch die ihr das Banner Schwarzrotgold, die Fahne der Väter, die Hoffnung der Jugend, das Symbol des neuen Deutschlands in mächtigen Rundgebungen tragt. Die Gegner tobten über Spring. Sie wägen kein hartes Wort auf der Goldwaage ab. Statt Kritik finden sie nur verdammandes Urteil. Das ist voreilige Selbstgefälligkeit. Sie messen mit zweierlei Maß. Wenn sie selbst außenpolitische Sujärenter unternehmen, sollen wir schweigen. Wenn sie in fremden Gewässern fischen, sollen wir wegschauen. Wenn sie die Deutschen in Oesterreich vor den Kopf stoßen, sollen wir das entschuldigen. Wenn sie den Zwiespalt mit Polen noch vertiefen, schweigt die Reichsregierung. Wenn Görsting sich aber einen Fehler zuschulden kommen läßt, verlangen die Splitterrichter, daß die „Verstöße Görstings gegen die Staatsautorität geahndet werden“. Wie müßten dann jene Vergehen der Reaktionäre geahndet werden, die sie lange Jahre auf ihr schuldbeladenes Gewissen gewälzt haben, indem sie die Autorität der deutschen Regierungen und ihrer Politik systematisch untergraben und zu diskreditieren suchten? Wie ist im Lichte ihrer heutigen politischen Praxis ihr feiges und hinterlistiges Verhalten zum ersten Reichspräsidenten zu bewerten? Gibt es zur richtigen, objektiven Beurteilung des Verhaltens der deutschen nationalen „Neuzeitung“ im deutschen Wörterbuch ein angemessenes Wort in der Frage des Zusammenchlusses Deutschlands und Oesterreichs?

Das Licht der gegnerischen Taktik darf uns nicht täuschen. Was sie wollen, ist klar. Sie wollen die „bürgerlichen“ Reile des Reichsbanners absprennen, um, wie sie selbst meinen, für den Verband die Krise, sogar die Katastrophe herbeizuführen, „zumindest in dem Sinne, daß er eine offene sozialdemokratische Organisation würde, ebenso wie der österreichische Schutzbund“. Dann, so argumentieren die Gegner, ist die Republik die sozialistische Sache, nicht mehr die res publica, die öffentliche Sache, die Sache des deutschen Staates und Volkes. Zerbredet die letzten Verbindungen der Republikaner, und ihr werdet es erleben, daß die Gegner des demokratischen Volksstaates unter Sohnleichen die deutsche Republik für Sturmreif erklären. Sie wollen die Hände, die wir ineinandergelegt haben, mit allen Mitteln auseinanderreißen. Täuscht euch nicht!

Görstings kritisches Wort — von Beleidigung zu sprechen ist Uebertreibung — ist nur Anlaß, nicht Ursache des rasch vorbeigehenden Konflikts. Manche wollen Distanz gewinnen. Laßt sie ziehen! Ohne Gram und Groll. Für jeden, der geht, wollen wir zehn neue Kameraden gewinnen. Überall in Deutschland. Aber bitte, noch einen Augenblick ruhiger Erwägung. Es ist ein Jahr her, als ich die deutschen Republikaner bat, als ich sie mahnte, anrief, beschwor, die Zeichen der Zeit zu beachten und dem Gegner keine schwache Position zu zeigen. Noch ist es Zeit, zum Aufbruch zu mahnen. Es ist noch nicht zu spät, wenn auch die Reaktion bereits einige Stellungen, die von uns kampfflos geräumt wurden, besetzt hat. So lautete mein vorausschauendes Wort. Viele haben es gehört, nicht allzu viele teilten meine Besorgnisse. Jetzt sind die Mögler und Weiserer belehrt.

Was was jetzt geschieht, ist Aufbruch, ist Aufmarsch zu den großen politischen Wahlen im Reich

und in den Ländern. Das tiefe Unbehagen, das über allen Parteilagern liegt, ist aber der Vorbote kommender Auseinandersetzungen. Es zeugt nicht von staatspolitischer Einsicht und Weisheit bei den Gegnern der deutschen Republik, daß sie das Gesetzt mit persönlichen Verunglimpfungen in der deutschen wie in der ausländischen Presse begeben. Vor allem ist das Ringen in der Zentrumsparlei besonders interessant und beachtlich. Darüber gilt es nunmehr offen zu sprechen. —

Wilhelm Sollmann

Der Reichstagsabgeordnete von Köln, Wilhelm Sollmann, schreibt im „Vorwärts“ vom Sonntag (Nr. 358): Wer die überparteiliche Organisation erhalten will, muß sich ganz darüber im klaren sein, daß die Reichsbannerkameraden aus dem Zentrum in ihrer Partei große Anfechtungen zu ertragen haben. Für diese christlichen Proletarier, diese Arbeitersekretäre und Redakteure, die mit uns unter schwarzrotgoldenen Fahnen durch die Straßen katholischer Städte und Dörfer marschieren, wäre es persönlich sicher eine Erleichterung und materiell manchmal gewiß ein Vorteil, wenn sie mit uns und dem Reichsbanner brächen. Die republikanische Kampforganisation ist nun einmal in der Zentrumsparlei nicht beliebt, wird es dort niemals werden. Ein Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold mit nicht nur starkem republikanischen, sondern auch sehr entschiedenem sozialen Willen kann niemals die Liebe der im Zentrum übermächtigen mittelständlerischen, großbäuerlichen, händlerischen und industriellen Schichten finden. Deren republikanische Gesinnung ist, um das Wort eines unserer katholischen Freunde zu gebrauchen, noch in keinem Sturm erprobt und deren Auffassung von sozialer Demokratie bewegt sich bestenfalls in den engen Grenzen mangelhafter parlamentarischer Kompromisse zu sozialpolitischen Gesetzen.

Im Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold können immer nur Kameraden aus dem Zentrum, kann aber nie „das Zentrum“ vertreten sein. Dazu ist der Abstand zwischen der Zentrumsmehrheit, auch der Zentrumsmehrheit und uns viel zu groß.

Um so wichtiger sollte uns die Brücke zwischen uns und den sozialen Republikanern im Zentrum sein. Hier sind starke Klammern, die dem zielklaren und entschlossenen Willen der Rechten, die Zentrumsparlei auf lange Zeit in einen Kampfblock gegen die Sozialdemokratie zu zwingen, kräftigen Widerstand entgegenzusetzen können. Diese Klammern haben sich trotz allem schon bewährt. Gegenüber diesem wichtigen politischen Erproben verschwindet der agitatorische Einwand, die linken Zentrumsleute seien im Reichsbanner, um das Abwandern der christlichen Arbeiter zu der Sozialdemokratie zu verhindern. Volkspartei und rechte Zentrumsleute behaupten ebenso fest, die Verbindung der christlichen Proletarier mit sozialistischen Reichsbannerleuten sei Vorfrucht des Sozialismus und werde es dem Zentrum in entscheidender Stunde unmöglich machen, seine Arbeiter von der Sozialdemokratie loszulösen!

Eine kluge Führung des Reichsbanners wird auf die Schwierigkeiten der Kameraden aus dem Zentrum in ihrer Partei und — was Protestanten zu verzeihen geneigt sind und nicht leicht begreifen — in ihrer Kirche weitgehend Rücksicht zu nehmen haben. Die mutigen Kameraden aus dem Zentrum, die entgegen dem Willen ihrer Parteimehrheit, mißtrauisch bebüugt von den kirchlichen Behörden, gemieden, ja verachtet von stöckerianischen Elementen in manchen örtlichen Zentrumorganisationen, dem Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold anhängen, sind unserer treuen Kameradschaft wert.

Die Genossen im Reichsbanner mögen das wohl bedenken, die in den protestantischen Landesteilen am meisten. Das Reichsbanner ist noch nicht am Ende seiner politischen Aufgaben. Ob sie gelingen, hängt nicht zuletzt von dem Verständnis der großen sozialdemokratischen Mehrheit für die Minderheit der Kameraden aus dem Zentrum ab. —

Abweichungen an die Luft gesetzt, einer soll sich Parteihäufung haben zu schulden kommen lassen. Es verlautet, daß in Leipzig auch noch andere Parteigrößen auf dem Ausfluchtort stehen.

Auf Anordnung der kommunistischen Parteizentrale ist der Reichstagsabgeordnete Rengler (Mannheim) ebenfalls aus der kommunistischen Partei ausgeschlossen worden. Damit schmilzt die kommunistische Reichstagsfraktion von anfänglich 46 Mitgliedern auf 23 zusammen. —

Der Reichsindex

Die Reichsindexziffer für die Lebenshaltungskosten (Ernährung, Wohnung, Heizung, Beleuchtung, Bekleidung und „Sonstiger Bedarf“) beläuft sich nach den Feststellungen des Statistischen Reichsamts für den Durchschnitt des Monats Juli auf 150,0 gegen 147,7 im Vormonat. Sie ist sonach um 1,6 v. H. gestiegen.

Die Steigerung ist im wesentlichen auf eine Erhöhung der Ausgaben für Kartoffeln zurückzuführen. Die Anfang Juli besonders gestiegenen Preise für Kartoffeln, unter denen auch solche neuer Ernte berücksichtigt wurden, sind in der zweiten Monatshälfte ebenso wie die Gemüsepreise wieder zurückgegangen. Gleichzeitig haben die Ausgaben für Heizstoffe infolge teilweisen Fortfalls der Sommerpreise für Kohle leicht angezogen.

Die Indexziffern für die einzelnen Gruppen betragen (1913/14 = 100): für Ernährung 156,8, für Wohnung 115,1, für Heizung und Beleuchtung 141,6, für Bekleidung 156,4, für den „Sonstigen Bedarf“ einschließlich Verkehr 188,5. —

Notizen

Ein Schlageter-Denkmal bei Elberfeld. Auf den südlichen Höhen der Stadt Elberfeld wurde ein Schlageter-Denkmal enthüllt.

Blutiger Zusammenstoß. Auf einem Bauplatz der Pariser Untergrundbahn kam es am Sonnabend zu blutigen Zusammenstößen zwischen freibeweglichen Bauarbeitern und der Polizei. Die Arbeiter bombardierten die Polizisten mit Steinen, während diese mit dem Polizeitruide vorgingen. Vier Polizisten und sieben Streikende wurden schwer verletzt. —

Zouhaug wiedergewählt. Das Nationalkomitee des französischen Gewerkschaftsbundes hat in seiner Sonnabend Sitzung Zouhaug als Generalsekretär und das ganze bisherige Bureau wiedergewählt. —

Depeschen

Internationaler Gewerkschaftskongress

Paris, 1. August. Am Montag wurde in Paris im Grandpalais der internationale Gewerkschaftskongress eröffnet. 27 Gewerkschaftsverbände europäischer und außereuropäischer Länder nehmen daran teil, die zusammen mehr als 15 Millionen organisierte Arbeiter vertreten. Das Arbeitsprogramm des Kongresses, der bis zum 6. August dauern wird, lautet wie folgt:

1. Moralischer und finanzieller Bericht. Berichterstatter: Zouhaug und Sassenbach.
2. Ausbau des Internationalen Gewerkschaftsbundes. Berichterstatter: Dubegeest.
3. Die Beamten, Angestellten und freien Berufe in der Gewerkschaftsbewegung. Berichterstatter: Schmidt und Dubegeest.
4. Änderung der Statuten des Internationalen Gewerkschaftsbundes. Berichterstatter: Brown.
5. Internationale Aktion für den Achtstundentag. Berichterstatter: Leipart.
6. Die Fragen der Abrüstung und des Militarismus. Berichterstatter: Zouhaug. —

Der deutsch-tschechische Handelsvertrag

Wb. Berlin, 1. August. Zu den deutsch-tschechischen Handelsvertragsverhandlungen, die in der 2. Hälfte des Juli in Berlin zwischen den beiden Delegationen fortgesetzt wurden, sind die gesamten noch offenen beiderseitigen Zolltariffwünsche eingehend beraten worden, wobei bei einer großen Anzahl von Tarifpositionen eine Einigung oder Annäherung erzielt wurde. Die erforderlichen weiteren internen Erhebungen sollen in den nächsten Wochen durchgeführt werden, wonach die beiden Delegationen im September in Prag wieder zu den noch notwendigen Plenarsitzungen zusammenzutreten werden. —

Metallarbeiter-Schiedspruch

Essen, 1. August. Die Bezirksleitung des Deutschen Metallarbeiterverbandes Essen teilt mit: Der Reichsarbeitsminister hat den Schiedspruch über die Regelung der Arbeitszeit der Eisen- und Stahlindustrie Nordwest für verbindlich erklärt. Dadurch ist der Spruch Gesetz geworden. Die Bezirksleitung beruft auf den Beschluß der Bezirkskonferenz des Deutschen Metallarbeiterverbandes vom 30. Juli 1927, wonach nur den Anweisungen der Organisationsleitung Folge zu leisten ist.

Die Bezirksleitung des Deutschen Metallarbeiterverbandes Essen teilt weiter mit: Die Vereinbarung über die Arbeitszeit und Lohnregelung für die Arbeiter der Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerte Rheinland-Westfalens wurde von einer kombinierten Bezirkskonferenz der beteiligten Verbände am 30. Juli 1927 angenommen. —

Neues amerikanisches Bauangebot

Wb. Berlin, 1. August. Wie die „W. B.“ meldet, erklärte Mitglied Riebertson, der Vizepräsident der New York Billa-Building-Corporation, einem Pressevertreter, daß seine Gesellschaft dem deutschen Reichsministerium des Innern per Kabel Vor schläge über ein Baufinanzierungsprojekt übermitteln habe. Nach diesem Plan könnten 60 000 deutsche Familien innerhalb einer Zeit von 2 bis 3 Jahren mit modernen Wohnungen versehen werden. Der Plan sehe als notwendigen Kapitalbetrag etwa 150 Millionen Dollar vor, nämlich 100 Millionen Dollar Prozentige, ersttellige hypothetisch gesicherte Schuldverschreibungen, welche in den Vereinigten Staaten untergebracht werden könnten und in 83 Jahren tilgbar sein sollen sowie eine zweite Hypothek mit Prozentiger Verzinsung, die in Deutschland untergebracht wird und binnen 15 Jahren tilgbar ist. —

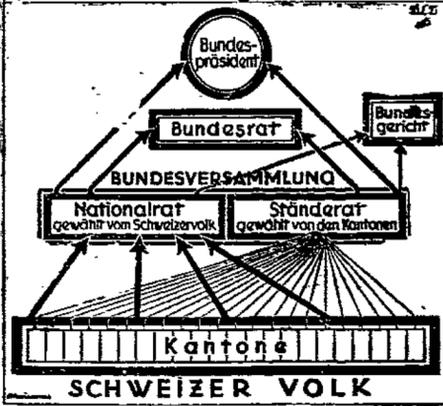
Duster der Arbeitslosigkeit

Wb. Götting, 1. August. Am Sonntag früh hat sich ein 50 Jahre alter Arbeiter in selbstmörderischer Absicht von der Leupoldbrücke auf die Gleise der Bittauer Bahnstrecke gestürzt, wo er mit zerquetschten Gliedern tot liegen blieb. Anhaltende Arbeitslosigkeit ist der Grund zur Tat. —

Folgeschwerer Zusammenstoß in Brasilien

Wb. Paris, 1. August. Die „Chicago Tribune“ meldet aus Rio de Janeiro, daß vergangene Nacht zwischen Delcapillane und Terranova ein D-Zug und ein Güterzug infolge falscher Weichenstellung zusammengestoßen seien. Es wurden 25 Personen getötet und eine große Anzahl verletzt. Die beiden ersten Wagen des D-Zuges sind völlig zerstört. —

Die Verfassung der Schweiz



Die Verfassung der Schweiz.

Die 22 Kantone der Schweiz bilden einen kleinen Völkerverbund, der als Musterbeispiel eines bundesräthlichen, völkisch-gemeinschaftlichen und freistaatlichen Gemeinwesens gelten kann. Die oberste Gewalt, die Bundesversammlung, besteht aus dem Nationalrat und dem Ständerat. Sie ernannt die sieben Mitglieder des Bundesrats, in dem der von Jahr zu Jahr neu zu wählende Bundespräsident den Vorsitz führt. Außerdem ernannt sie die Mitglieder des Bundesgerichts, die keine Berufsjuristen zu sein brauchen. Der Nationalrat wird vom Volk durch direkte Wahlen gewählt. Der Ständerat, der dem Deutschen Reichsrat entspricht, besteht aus je zwei Abgeordneten der einzelnen Kantone.

Neue Ansichten bei den Kommunisten

Die kommunistische Partei in Leipzig hat am 24. Juli sieben Funktionäre aus ihrer Partei hinausgeworfen. Darunter befindet sich auch der ehemalige Gauplingleiter, Parteisekretär Kurt Böigt; drei wurden wegen linker, drei wegen reformistischer

Stadt Mienburg ihrerseits fördert das Projekt, um Arbeitsgelegenheit zu schaffen, und der anhaltische Staat, dem ein Teil des für das neue Unternehmen nötigen Geländes gehört, handelt aus ähnlichen Erwägungen. Mit dieser Fabrik würde im Mienburger Bezirk die dritte ringfreie Zementfabrik entstehen. Diese Aussicht ist natürlich dem Norddeutschen Zementverband ein Dorn im Auge, um so mehr als seine Fabriken trotz mancher Stilllegung auch gegenwärtig längst nicht voll beschäftigt sind. Was tut also dieser geschäftslüchtige Verband, da er das Zustandekommen des Werkes nicht verhindern kann? Er versucht dem neuen Unternehmen wenigstens, noch bevor es existiert, das Leben zu erschweren und die Produktion zu verteuern. Der Zementverband hat deshalb, wie die „Frankfurter Zeitung“ berichtet, unter Aufwendung beträchtlicher Mittel „Abriegelungskäufe“ von Land vorgenommen, so z. B. um dem neuen Werk den Weg zur Saale zu erschweren.

Solche Praktiken sollten doch jedem, der da meint, es werde kein Mißbrauch mit dem deutschen Boden getrieben, zu ernsthaftem Nachdenken Veranlassung geben. Noch immer höhnt das deutsche Volk, nicht zuletzt infolge der Verteuerung der Baustoffe, unter der Wohnungsnot. Jede neue Zementfabrik, vor allem jede ringfreie, ist eine Hofnung mehr, daß sich die Preise senken. Kaum aber taucht der Plan einer solchen Gründung auf, die sich ihre Preise nicht von den Syndikaten oder Kartellen vor schreiben lassen, die billiger produzieren will, so treten diese sofort auf den Plan, um einem solchen neuen Werke künstlich die Lebensbedingungen zu erschweren. Dazu ist der deutsche Boden, dazu ist die Not der Wohnungslosen gerade gut genug! Wann wird endlich der Artikel 155 der Reichsverfassung, der jeden Mißbrauch mit dem Boden verhindern will, aus einem papierenen Dasein zu lebendigem Leben erweckt werden? Wo bleibt der am 5. Mai 1926 vom Reichstag mit fast Zweidrittelmehrheit geforderte Gesetzentwurf?
W. S.

10 BILLIGE TAGE

Billiger ist's nicht möglich!

Waschstoffe

Musseline	in den neusten Mustern Meter Mk. 0.95 0.75 0.65 0.48 0.35	0.28
Wollmusseline	in reichhaltiger Auswahl Meter Mk. 3.50 3.10 2.60 2.25 1.75	1.25
Voile	entzückende duftige Dessins, ca 100 cm breit, Meter Mk. 2.90 2.40 1.55	0.95
Voile-Bordüren	bedruckt, ganze Kleiderlänge Meter Mk. 4.40 3.90 3.00 2.50	1.90
Waschkrepp	aparte Druckmuster Meter Mk. 0.95 0.75 0.65	0.55
Fresko	schönste Composé, Karos, mit einfarbig passend, prima Zwirnqualitäten . Meter Mk. 2.10 1.75 1.20	0.95
Garten-Kleiderstoffe	entzückende Kretonmuster Meter Mk. 1.45 1.10 0.85	0.60
Dimdl-Zephir	Karos u. Streifen, in enormer Auswahl Meter Mk. 0.95 0.85 0.68	0.55
Kleider-Leinen	in vielen Farben, lichteicht, 100 cm breit Meter Mk.	1.45
Waschseide	aus künstlicher Seide, mit Baumwolle Meter Mk. 2.25 1.75 1.35 0.95 0.75	0.60

Damen-Konfektion

Blusen	aus weißem, leinenartigem Stoff, langer Aermel	Mk. 0.95
Plisseerock	weiß, reine Wolle	Mk. 7.90
waschseidene Kleider	entzückende Karos und Muster	Mk. 3.90
Bordürenkleid	prima Vollvoile, weißgründig	Mk. 5.90
Stilkleid	aus gutem Taft, schwarz und hübsche andere moderne Farben	Mk. 12.75
Spitzenkleid	auf reinesideneu Crêpe de Chine- und kunstseideneu Unterkleid .	Mk. 19.75
Bordürenkleid	aus prima Crêpe de Chine	Mk. 18.75
Seidenmantel	geausiert	Mk. 19.75
Mantel	aus prima Alpaka, größte Frauentweiten . . .	Mk. 22.50

Siegfried Cohn

WEBEREIWAREN * BREITENWEG 57-60



Preisausschreiben

der
H. Fuld & Co.
Telephon- und Telegraphenwerke
Frankfurt a. M.

Zur Erlangung formschöner Entwürfe für **Fernsprechapparate** veranstalten die H. FULD & Co. Telephon- und Telegraphenwerke in Frankfurt a. M., unter den Architekten, Bildhauern usw. Deutschlands und Oesterreichs einen Wettbewerb, für den folgende Preise ausgeworfen werden

1 erster Preis	von Rm. 3000.—	Rm. 3000.—
1 zweiter	„ 2000.—	„ 2000.—
1 dritter	„ 1000.—	„ 1000.—
10 Trostpreise	von je „ 300.—	„ 3000.—
		insgesamt Rm. 9000.—

Das Preisrichteramt haben übernommen:
1. Reichskunstwart Dr. Redslob, Berlin,
2. Geheimrat Prof. Dr. C. Gurlitt, Ehrenpräsident des Bundes
Deutscher Architekten, Dresden,
3. Stadtbaurat May, Frankfurt a. M.,
4. Generaldirektor Dr. Richard Friedmann, Berlin,
5. Konsul Harry Fuld, Frankfurt a. M.

Stellvertreter:
1. Prof. Dr. Herbert Hausrath, Technische Hochschule, Karlsruhe,
2. Direktor Carl Lehner, Frankfurt a. M.

Schlußtermin für die Einreichung der Entwürfe: 1. November 1927.

Die Ausschreibungs-Bedingungen sind von der Magdeburger Niederlassung

Mitteldeutsche Privat-Telefon-Gesellschaft

G. m. b. H.

Oivenstedter Str. 1, Eing. Editharing, Tel. 1445, 1466, 1486
einzufordern. Zusendung erfolgt kostenlos.



Gehiel mit Garantie
Mk. 68.00
Ketten, geöl. Mtl. 23.00
Sabbit, Georgen-
straße 3.

Reparaturen

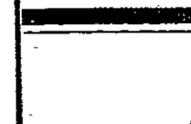


Erz-
teile
Sabbit
Georgen-
straße 4.
Tel. 3980.
Stadt Leipzig.

Zemlin & Co.

0100 v. Gericke-Str. 108
(Kaiserstraße) 3074
— Fernamt 4566 —
empfehlen sich für
Straßen-
Glas-
Fassad-
Tafeln-
Toppick-
Parquet-
Kunst-
Angebot: Fertigung
durch Gilt, Basillen
und Vergütung.

Bureau-Möbel



liefert billigst 1741

Paul Jahn, Magdeburg-S.

Halberstädter Straße 37
Spezialwerkstätten f. Bureau-Einrichtungen

Athemlehre Friedensqualitäten
Inlette und Dreile
sowie sämtliche anderen
Ausstattungs-Waren
erner
Sofakissen - Gardinen - Decken
Dinanden - Divanstoffe
Garten-Ausgangstoffe - Mantelstoffe
Kofferkoffer - Badstoffe
gute Qualitäten, bekannt billig.
A. Karger
8 Große Marktstraße Nr. 8.

Prima Chaiselongues
Markt 38.00
Prima Brillantlagen
breitartig, Markt 29.00
Rathausplatz 172, 1. Etg.
Reparaturen
Müller,
Apfelstraße
Nr. 6.
Telephon 8812

Sinalco
in Qualität und Umsatz
unerreicht
Generalvertreter:
Peter Knaack
Inhaber Ernst Knaack
Goethestraße 19, Stättner Straße 11
Fernruf 3511.

Wö
kauft der
Fachmann?
Nur bei
Bürsten-Backer
MAGDEBURG-BREITENWEGSTRASSE 20

Hundert Jahre
werden Sie, wenn Sie täglich eine
solche saure Gurke genießen und
dies vom ersten Tage an 88576 mal
wiederholen. Die schönsten Gurken
liefert **Gottfried Guth & Sohn**
2569
fragen Sie wo?



Schönes Haar
in 3 Minuten!

Wenn Sie sich mit ihm
treffen - wollen Sie nicht noch
rasch Ihr Haar auffrischen?
Locker, duftig und seiden-
glänzend wird Ihre Frisur durch
einfaches Pudern mit Schwarz-
kopf - Trocken - Schaumpon.
Aber achten Sie darauf: den
praktischen Puderbeutel finden
Sie nur in Schwarzkopf-
Trocken - Schaumpon! Die
Original - Dose zu Mk. 1.—
reicht mehrere Monate lang!

Schwarzkopf Trocken-Schaumpon

die Haarwäfche ohne Wasser



DEUTSCHE THEATER- AUSSTELLUNG

Marionetten

Es ist nicht ganz leicht für uns Gegenwartsmenschen, die wir in den Anschauungen des Naturalismus aufgewachsen sind, die Begeisterung zu verstehen oder gar zu teilen, die unsere Vorfahren den Puppenpielen entgegengebracht haben. Wir lassen so etwas wohl als Zeitvertreib für Kinder gelten, aber daß ernsthafte erwachsene Menschen

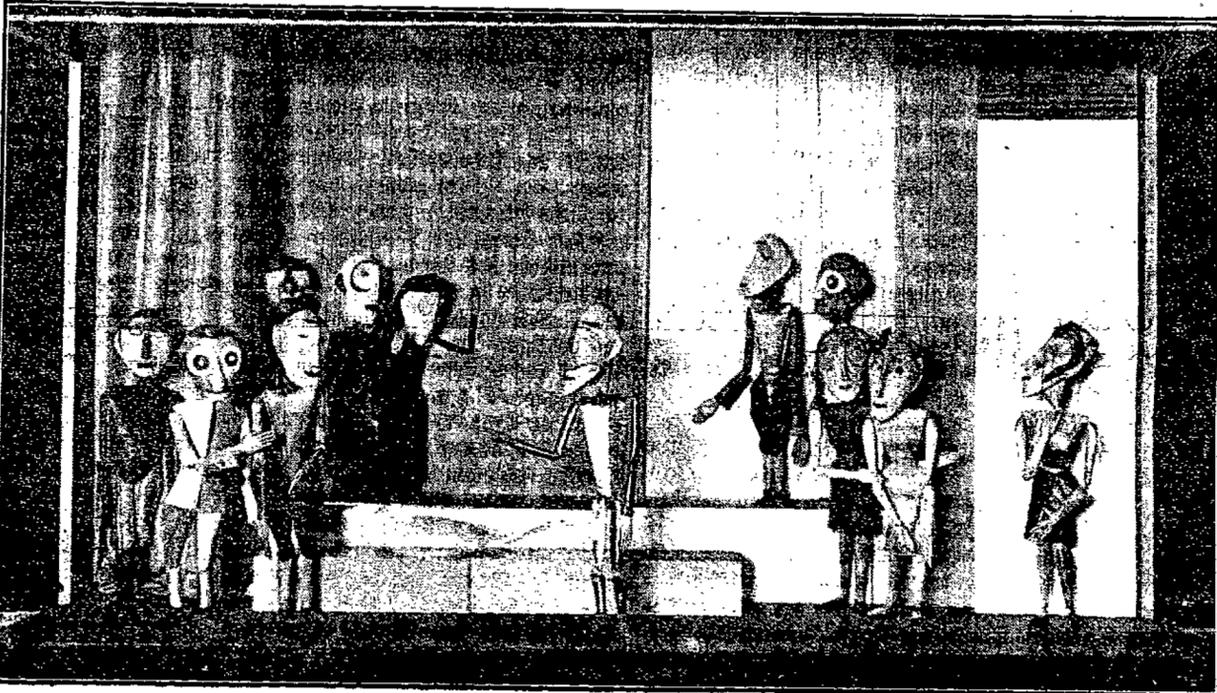
auch eine verschollene Kunstübung wiederherstellen möchte: Dramas, gepflegt wurde. Wir wissen es zuverlässig von einer Privatliebhaberei an Stelle einer Volks- und Gemeinschaftsangelegenheit.

Es ist sehr merkwürdig, daß ein deutscher Dichter der Romantik, und zwar kein Geringerer als Heinrich

Was die Naturvölker mit den Kindern unsrer Kultur- oder, besser gesagt, Zivilisationsstufe gemeinsam haben — aber auch mit jenen Menschen des Mittelalters, denen eine Handschriftenillustration aus dem 12. Jahrhundert, aus dem lateinisch geschriebenen „Hortus Deliciarum“, zu deutsch dem „Gärtlein des Vergnügens“, ein ganz primitives Puppenpiel vormachen läßt — dieses Gemeinsame ist das ungebrochene und unveränderte Gefühl, das sie befähigt, aus der leisesten Andeutung ein seelisches Erlebnis herauszugestalten. Es ist ein Aufbau der Welt von außen nach innen, den wir, wäre das Wort nicht schon so grausam mißbraucht und abgegriffen, „Expressionismus“ nennen könnten.

Unsre Kathedergelehrten haben in der Regel für das Puppentheater nicht viel übrig. Sie rechnen es nicht zur „hohen Kunst“, — und damit ist der Fall für sie so ziemlich erledigt. Sie haben keine Ahnung von den sozialen Hintergründen, vor denen sich dieses unscheinbare Jahrmärktstreiben abspielt. Hochmütig wenden sie sich ab von den kleinen Leuten, die, ausgeschlossen von der Welt der Vornehmen und ihren Vergnügungen, begierig um den „Himmelreich“ und seinen kleinen Kästen, das „Himmelreich“, scharen. Ein Stück von einer höhern Welt geht denen auf, beinahe wie den braunen Japanern, denen man mit den „Wa-Yang“-Spielen einen Gottesdienst zelebriert. Eine Nationalbühne gibt es nicht in dem von ruhmstüchtigen Fürsten und Großen verwüsten Vaterland. Da lassen sich denn diese armen, ausgebeuteten Untertanen, die nicht Menschen sein dürfen, ein „Theatrum mundi“, ein „Welttheater“ vorzaubern. Der Himmelreicher aber und der Hanswurst erfüllen, ungenannt und ungeachtet, eine soziale Pflicht und eine kulturpflicht zugleich: Sie üben den Dienst am Volk, an der Gemeinschaft, um den sich die Vornehmen und die Geistlichkeit verlegen oder blasfemiert herumdrücken.

Wenn aus dem Puppenpiel nur die einzige Frucht erwachsen wäre, der „Faust“, man müßte ihm schon um dessentwillen einen Ehrenplatz einräumen. Aber seine Verdienste sind noch weit größer. Es hat jahrhundertlang in unserm verelendeten Volke so etwas wie eine religiöse Mission erfüllt. Hermann Sieber.



Marionetten aus der Hallischen Kunstgewerbeschule.

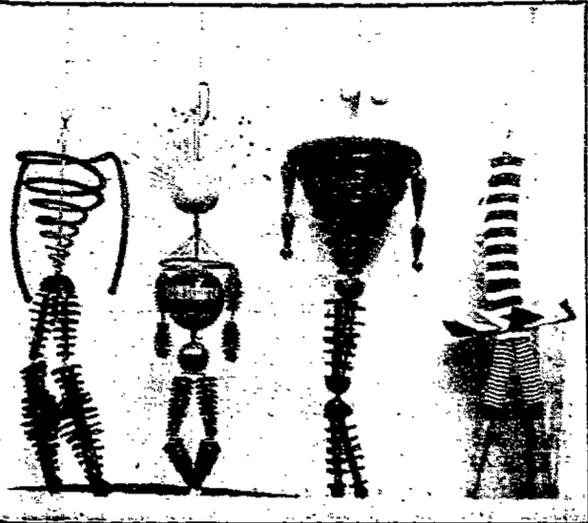
sich daran ebenso ergötzen könnten wie an Schauspielen, die von lebenden Menschen aufgeführt werden, ja, am Ende gar noch mehr: das berührt uns doch seltsam.

Aber die Geschichte benimmt uns jeden Zweifel darüber, daß das Puppentheater in langen Zeiträumen und bei ganz verschiedenen Völkern als Kunstgattung, als eine Abart des alten Griechen und Römern, aber auch von den Chinesen, Indianern und Türken, bei denen Theateraufführungen mit künstlichen Menschen noch heute in Uebung sind. Und was man uns auf unsern eignen Jahrmärkten als „Kasperltheater“ zeigt, ist nichts anderes als spärlicher Ueberrest einer verunkelten und vergessenen Kunst. In neuerer Zeit hat man sich um eine Wiedererweckung des Puppentheaters bemüht — aber es erscheint doch recht fraglich ob man damit durchdringen wird oder ob nicht vielmehr das übrigbleibt, was sich uns heute schon als Ergebnis der mit viel Geschrei in Szene gesetzten modernen Tanzkunst herausstellt, die ja

von Kleist, in einem Aufsatz der von ihm redigierten „Berliner Abendblätter“ rein gefühlsmäßig, ohne alle wissenschaftlichen Unterlagen, den Schlüssel gefunden hat zum Verständnis dieses Kunstproblems. Es würde zu weit führen, auf die wundervollen Gedanken einzugehen, die der Dichter — dieser noch längst nicht nach Gebühr gewürdigte Dichter — über das Wesen der dramatischen Kunst überhaupt entwickelt. Er leitet das Marionettentheater aus dem — religiösen Bewußtsein ab. Man wird zunächst einmal stutzen über diese Deutung. Aber ein Blick auf den Orient bestätigt uns ihre Richtigkeit. Da finden wir im indischen Kulturkreis, auf der Insel Java, die sogenannten Wa-Yang-Spiele (von denen Kleist natürlich nichts wissen konnte). Es sind Schattenspiele, die mit flachen Figuren hinter einer Leinwand aufgeführt werden.

Es ist das Neuberste, was sich an Stilisierung denken läßt: Mechanisch bewegte, auf weniger als die Hälfte des natürlichen Maßes verkleinerte Figuren auf zwei Dimensionen verringert, Höhe und Breite mit Verzicht auf die dritte, die Tiefendimension. Dieser Flächencharakter wird nun abermals gesteigert durch die Verflüchtigung des Bildes ins Schattenhafte. Das Publikum jedenfalls, das viele Stunden lang ohne jede Ermüdung und ohne ein Nachlassen der innern Anteilnahme diesen Spielen folgt, die so gut wie gar nichts mehr mit der Wirklichkeit zu tun haben. — dieses Publikum muß über eine Einbildungskraft verfügen, an eine Entrücktheit aus der Gegenwart und tatsächlichen Umwelt, daß man schon beinahe von einem Raubzustand sprechen möchte.

Das ist eine mystische Wirkung, wie wir sie ganz ähnlich bei unsern Kindern beobachten können. So mag der vierjährige Knabe Goethe vor dem Puppentheater gestanden haben, das ihm in Frankfurt die Großeltern geschenkt hatten. Gaben wir ein Recht, über solche Stärke der Phantasie und der Begeisterung mitleidig und überlegen zu lächeln? Sollten wir erwachsenen und mit Verstand bis zum Plagen geladenen Europäer und Nüchternlinge nicht lieber uns selbst bemitleiden, daß uns der Zugang zu diesen Zaubergärten verschlossen ist?



Marionetten-Entwürfe aus dem Dessauer Bauhaus.



Der Ausstellungsturm in Flammen, (Illumination der Theaterausstellung zum Monument am 20. Juli.)

Nachrichten aus der Provinz

Kreis Banzleben

Einweihung des Sportplatzes. Am Freitag abend wurde der neue Gemeindefestplatz am Schwarzen Weg eingeweiht. Fast 2000 Einwohner waren der Einladung gefolgt. Die Arbeiter-Turn- und Sportvereine waren geschlossen unter Vorantritt ihrer Kapellen angetreten. Vor Beginn des Festaktes gaben diese verschiedene Stücke zum Besten. Gemeindevorsteher Genosse Paul S e i n e begrüßte alsdann den Gemeindevorstand, die Gemeindevertretung, die Sportvereine sowie die so zahlreich erschienene Einwohnererschaft. Er wies auf die Bedeutung der sportlichen Betätigung für die Volksgesundheit hin. Gerade in der Nachkriegszeit ist auch bei uns auf diesem Gebiet viel getan worden; noch mehr aber bleibt zu tun übrig. Mit dem Wunsch, daß der Sportplatz dem Gemeinwohl dienen möge, empfahl Genosse Seine den Sportvereinen zur pflichtigen Behandlung. Für den Ortsausschuß für Jugendpflege dankte Genosse Otto Dankert der Gemeindevertretung, dem Gemeindevorstand und besonders dem Gemeindevorsteher für die zähe Arbeit, die notwendig war, um alle Schwierigkeiten zu beseitigen und das Werk zur Vollendung zu bringen. Er wies darauf hin, wie die Gemeindeverwaltung durch die Anlage der Badeanstalt, durch den in den letzten Jahren verstärkten Wohnungsbau und nun durch die Schaffung der neuen Sportplatzanlage stets bestrebt war, der Volksgesundheit zu dienen. Die nächste Aufgabe, an die man in absehbarer Zeit herangehen müsse, sei die Schaffung einer Turnhalle. Der Vorsitzende des Turnvereins Zahn, Otto K l e p s, der Vorsitzende der Freien Turner Barmenbeck, Genosse Reinhold B o r r m a n n, und für den Kraftsportverein, Genosse Fritz L a n g e, sprachen dem Gemeindevorstand und dem Gemeindevorsteher ebenfalls Dank für den Sportplatz aus.

Groß-Ottersleben

Reichsbund der Kriegsbeschädigten. Morgen Dienstag 20 Uhr Funktionsprüfung im Versammlungsraum der Schule, Magdeburger Straße.

Altbrandenleben

Rabelbau. Vor kurzer Zeit wurde durch unsern Ort ein Rabel gelegt. Das elektrische Dreschen ist damit ermächtigt worden.

Kreis Wolmirstedt

Die Jugendzusammenkunft kann am Dienstag abend wegen Renovierung des Klaffenzimmers nicht stattfinden. Es war ein Vortrag mit Lichtbildern des Genossen S c h m i d t (Magdeburg) vorgesehen. Bei gutem Wetter können nun Spiele auf dem Acker veranstaltet werden.

In der Vorstandssitzung fehlten einige Vertreter der Gewerkschaften sowie auch einige vom Sportkartell. Soll sich die zu schaffende Arbeitsgemeinschaft für unsere werktätige Bevölkerung gegenwärtig auswirken, so müssen die Mitglieder der einzelnen Gewerkschaften und der Vereine auf ihre Vorstandsmitglieder einwirken, daß diese zu den Sitzungen gehen. Vom Landarbeiterverband war ein Vorstandsmitglied aus Magdeburg erschienen. Bei der Besprechung des diesjährigen Gewerkschaftsfestes wurde beschlossen, das Fest am 4. und 5. September zu veranstalten. Der zweite Tag soll Kinderfesttag sein. Die Veranstaltungen beider Tage finden auf dem Acker statt; nur der anschließende Ball wird im Gewerkschaftshaus abgehalten. Der um 14 Uhr beginnende Umzug soll sich unter Mitführen gewerkschaftlicher Symbole vom Gewerkschaftshaus aus durch unsere Straßen zum Acker bewegen. Zwecks weiterer Vorarbeit findet am Sonnabend den 6. August, abends 20.30 Uhr, eine Sitzung statt. Kein Vorstandsmitglied darf fehlen.

Kreis Neuhaldenleben

Der Fabrikarbeiterverband, Verwaltung Neuhaldenleben, ersucht alle Fertigmacherinnen, die bei der Firma Hermann Müller in Altalbenleben in Arbeit treten wollen, sich in ihrem eignen Interesse vorher bei der Zahlstellenleitung des Verbandes der Fabrikarbeiter in Neuhaldenleben, Jungfernstieg 36a, zu erkundigen, da bei der genannten Firma bei den Fertigmacherinnen Differenzen bestehen.

Beendorf

In der Parteiverammlung wurde der Wiener Justizopfer durch Erheben von den Plätzen gedacht. Für die Gemeindevorstandswahl am 4. September wurden folgende Spitzenkandidaten aufgestellt: 1. Gewerkschaftsbeamter Richard Wiedenbeck, 2. Schmied Heinrich Menzel, 3. Genossenschaftsangehöriger Eduard Spahler, 4. Schlosser August Sommer, 5. Maler Erich Pfau. Somit sind schon unter den Spitzenkandidaten Arbeiter, Handwerker, Gewerbetreibende und Hausbesitzer vertreten. Dieser Liste muß und wird zum Siege verholfen werden. Zum stellvertretenden Vorsitzenden wurde Emil S o l z h a u s e n einstimmig gewählt. Gemeindevorsteher Genosse W i e d e n b e c k gab bekannt, daß die diesjährige Verfassungsjahr auf Anregung des Landrats von der Gemeinde veranstaltet wird und daß alle Vereine, Vereinigungen und die gesamte Einwohnererschaft Beendorf dazu eingeladen sind. Das Nähere wird noch bekanntgegeben. Genosse Solzhausen wurde zum Ehrenmitglied ernannt und Genosse Wiedenbeck verpflichtet jedes Parteimitglied, für die aufgestellte Gemeindevertreterliste zu werben. Genosse Menzel bat, in die kommenden Parteiverfassungen alle Bekannten mitzubringen, damit jeder Einwohner über die nächsten Ziele und Vorhaben der Gemeinde unterrichtet ist.

Sundisburg

Der Todessturz von der Schurre. Nicht lange mehr, dann ist das Korn gemäht. Fleißige Arbeiter und Arbeiterinnen haben den goldenen Schatz in die Scheunen gefahren. Der Winter steht vor der Tür. Auf den Gütern und Landwirtschaften der Dörfer raffeln dann die Dreschmaschinen und singen die Strohpressen ihr altes Lied. Das Lied von der Arbeit, das immer gesungen werden wird. Hoch oben auf dem Heuboden sind Frauen dabei, das erzielte und bereits in Ballen gepresste Stroh schon sauber aufzufapeln, um möglichst viel auf dem grünen Boden unterzubringen. So ist es in jedem Jahr, und so war es auch im Jahre 1924 in Sundisburg. Beim Landwirt Karl M i c h a e l saßen im Hofe die Dreschmaschinen und die angeschlossene Strohpresse verrichtete seit Tagen ihre Arbeit. Junge Dörflerinnen, die die Gelegenheit der Ernte benutzen, um durch Mithilfe bei Landwirten ihren schmalen Etat etwas zu verbessern, thronten hoch oben auf dem Boden und balgten sich mit den Strohballen herum. Dort oben war man guter Dinge. Vom Boden herunter klangen ab und zu lustige Wiederholungen; man war fröhlich und lustig. Die Arbeit ging um so leichter von der Hand.

Der Maschinist an der Dreschmaschine hatte das Zeichen zum Vesper gegeben. Die Frauen kletterten auf allen Vieren vom Boden an der Schurre herunter und verschauften sich bei Kaffee und derber Butterstulle. Aber nur wenige Minuten dauerte die Erholungspause, dann ging es wieder weiter. Das Stroh mußte in die Scheunen, je eher, je besser! An der Schurre kletterten die Frauen wieder auf den Boden. Eine junge 22 Jahre alte F r a u war die erste. Oben auf dem Boden fand sie fest und festes Stroh und lachte über ihre Arbeitskameradinnen, die sich mühselig an den Holzholmen der Schurre hochzerrten. Da plötzlich ein Auffschrei!

Eine Frau war abgestürzt.

Singend lag sie unten auf der Tenne. Die eben erst begonnene

Sozialdemokratie und Siedlung

Die Sozialdemokratie ist in den letzten Jahren in Reichs- und Landesparlamenten mit stets verstärkter Energie für die Siedlung und ihre rasche Fortführung eingetreten. Das hat ihre namentlich aus Landbundeskreisen der Wortwurf eingetragen, daß sie damit einen alten Parteistandpunkt verlassen habe, daß aus ihrer langjährigen Agitation herborgehe, daß sie es trotzdem mit der Siedlungsförderung nicht ernst meine. Gewiß hat es eine Anzahl von Parteigenossen gegeben, die der Siedlung sehr feindselig und zurückhaltend gegenüberstanden, weil sie meinten, daß die Auslösung eines Landarbeiters, eines Kleinbauernsohnes oder Kleinpächters mit einer eignen Stelle diesen zum Privateigentumsfanatiker mache und ihn hindere, sich der Partei anzuschließen. Man könnte aus zahlreichen Vorgängen mühelos das Gegenteil beweisen. Das erscheint aber minder wichtig als der Nachweis, daß die Sozialdemokratie eigentlich

niemals grundsätzlicher Gegnerin einer vernünftigen Siedlungspolitik gewesen ist und auch nach ihrem Programm gar nicht sein konnte, das sich bewußt nur gegen das kapitalistische Privateigentum an den Produktionsmitteln, erklärte.

Daher darf man auch rücksehend feststellen, daß die Partei in den Vorkämpfen der früheren Jahrzehnte sich sehr dringend für die Kultivierung und Besiedlung der großen Moor- und Heideflächen in Deutschland eingekämpft hat, weil sie nur in der Vermehrung und Verbilligung der landwirtschaftlichen Erzeugnisse eine Möglichkeit sah, um die Volksernährung zu sichern und den arbeitenden Massen in Stadt und Land eine Erleichterung ihres schweren Daseins zu verschaffen.

Das Eintreten für die neuzeitlichen Siedlungsbestrebungen wurde aber zur Selbstverständlichkeit für alle Parteigenossen, als nach Beendigung des Weltkriegs die Frage auftauchte, wie man am besten für die aus dem Felde zurückflutenden Heeresmassen Unterkunft und Arbeit verbunden mit ausreichender Ernährung schaffen könnte, da die auf Herstellung von Kriegsmaterial eingezogene Industrie unmöglich von heute auf morgen den Übergang zur Friedensproduktion vollziehen konnte.

Diesen Erwägungen entsprang die vorläufige Verordnung der Volksbeauftragten über Beschaffung von landwirtschaftlichem Siedlungsland vom 29. Januar 1919, aus der das Reichsiedlungsgesetz nach Vornahme einiger kleiner Ergänzungen herborgegangen ist. Das positive Eintreten der Partei für das Siedlungswesen datiert also aus jener Zeit der Uebergangswirtschaft und hat sich dann in allen nachrevolutionären Agrargesetzen fortgesetzt. Man braucht da nur zu erinnern an den Artikel 155 der deutschen Reichsverfassung, an das Reichsheimstättengesetz, an die Kleingarten- und Kleinpachtlandordnung, an die Reichspachtgesetzgebung usw. Vor allem aber muß darauf hingewiesen werden, daß die sozialdemokratischen Fraktionen im Reichstag wie im Preussischen Landtag sich stets mit aller Entschiedenheit für die Förderung der Siedlung ausgesprochen und dafür nicht nur große Mittel bewilligt, sondern auch von sich aus Initiativanträge eingebracht haben, deren bedeutendster der große Bodenreformvertrag Müller (Franken) aus dem Jahre 1923 war.

Welche Gründe bestimmen nun heute die Partei, sich in so eindeutiger Weise der Siedlungsbestrebungen anzunehmen? Von ganz besonderer Bedeutung ist da wohl zunächst die Erkenntnis, daß es unmöglich ist, die politische Vormachtstellung des ostelbischen Großgrundbesitzes zu brechen, wenn Ostelben nicht alsbald besiedelt und die großen Gutbezirke von Bauerngemeinden durchsetzt werden. Gerade die Tatsache, daß auch heute noch das Großagrariertum auf Grund seines Bodenmonopols die politische Herrschaft ausübt und eine Macht besitzt, die die Unterdrückung der Landarbeiter und Bauern in erschreckendem Maße gestattet, zwingt die Partei, sich mit allen Mitteln für die baldige Beseitigung dieses eines kulturvolles unwürdigen Zustandes einzusetzen.

Nicht minder trägt die Forderung nach **ausreichender und in den Kreisen tragbarer Volksernährung** dazu bei, sich für eine Verminderung der Großbetriebe und eine Vermehrung der bäuerlichen Betriebe einzusetzen, da die Statistik lehrt, daß der Großgrundbesitz nicht nur das Land in erschreckender Weise entvölkert, sondern es auch verdirbt. Zeigt doch

die letzte preussische Anbauflächenermittlung aus dem Jahre 1925, daß in den Jahren von 1910 bis 1925 die gesamte landwirtschaftliche Nutzfläche in Preußen um 192 085 Hektar zurückgegangen ist, während sich die geringen Weiden und Hutungen um 156 784 Hektar, die Waldungen um 74 983 Hektar, das Oed- und Unland um 32 581 Hektar vermehrte, wobei die ostelbischen Provinzen Ostpreußen, Brandenburg, Pommern und Grenzmark obenanstanden.

Darüber hinaus lehrt das dänische Beispiel, daß gerade die bäuerlichen Betriebe bei Anwendung aller Errungenschaften von Technik und Wissenschaft in der Landwirtschaft in der Lage sind, auch ohne Schutzzölle das Volk ausreichend und preiswert zu ernähren.

Neben diesen beiden Hauptgründen bewegen aber auch noch besiedlungs-, national-, sozial- und wirtschaftspolitische Gründe die Partei, sich nachdrücklich für beschleunigte Fortführung der landwirtschaftlichen Siedlung einzusetzen. Die auch durch die neueste Reichsstatistik wieder bewiesene Zunahme der Abwanderung vom Lande in die Städte, das Sinken der Geburtenzahlen auf eine Tiefe, die in etwa 15 Jahren die Vermehrung des Volkes zum Stillstand und fortlaufend zum Aussterben bringen wird, die wachsende Zahl der Auswanderer, die das Doppelte der Friedensjahre beträgt, sind Symptome, an denen die Sozialdemokratie nicht unachtsam vorübergehen darf, und die dazu führten, daß unsere Reichstagsfraktion am 1. Juli 1926 dem einmütigen Beschluß des Reichstags auf Bewilligung von 250 Millionen Rm. zu Siedlungszwecken für die nächsten 5 Jahre beitrug.

Es kommt hinzu die steigende Entvölkerung des deutschen Ostens, in dem wir auf das Quadratkilometer eine durchschnittliche Einwohnerzahl von 31 Personen haben, in den Gutsbezirken sogar auf 12 bis 4 Menschen und damit die Bevölkerungsbedürftigkeit der sibirischen Steppe unterbietet. Es ist ferner zu beachten die Bedrohung durch das Slaventum im Osten, das bei einer Bevölkerungsdichte von durchschnittlich 150 Menschen auf das Quadratkilometer nach Ausdehnung strebt und in dem entvölkerten Ostpreußen, das von 1910 bis 1925 einen Abwandlungsverlust von 135 000 Menschen zu verzeichnen hatte, ein geeignetes Objekt für seine Ausdehnungsbestrebungen sieht.

Darüber hinaus darf nicht verkannt werden, daß jeder Zustrom von Menschen in die Großstädte das Heer der Arbeitslosen und die Ausgaben für ihre Unterhaltung vermehrt, daß

der soziale Aufstieg auf dem Lande

von Landarbeiter oder Kleinpächter zum Kleinbauern durch die zunächst unterzubringenden deutschen Rückwanderer unterbunden ist, daß den nachgeborenen Bauernsohnen die Möglichkeit, über die 12jährige Militärdienstzeit in eine Beamtenstelle zu gelangen genommen ist, so daß sie nur durch Siedlung auf dem Lande zurückgehalten werden können.

All diesen Dingen muß die Partei Rechnung tragen, und das ist durch die einstimmige Annahme des Preiser Agrarprogramms geschehen, das nunmehr auch für die Siedlung konkrete, die Parteigenossen bindende Forderungen enthält, wie sie großen Teiles der schon erwähnte Antrag Müller (Franken) erstmalig forderte. Es ist nur noch eindeutiger bestimmt, daß bei der Bewertung der nach diesen Forderungen dem Reiche oder den Ländern zufallenden Ländererträge die Bedürfnisse der Siedlung in all ihren Formen berücksichtigt werden sollen, daß hierbei die auf dem enteigneten Boden bis dahin beschäftigten Arbeiter, Angestellten und Beamten bevorzugt werden, daß die Siedlung besonders in den Gebieten des überwiegenden Großgrundbesitzes durchzuführen und hierbei die Rechtsformen der Erbpacht, des Erbbaurechts, des Pachtgutes und der Reichsheimstätten zur Anwendung kommen sollen. Ein bedeutsamer Fortschritt, zu dem nicht zuletzt die Erkenntnis beigetragen hat, daß die aus der industriellen Entwicklung hergeleitete Konzentrationstheorie für die Landwirtschaft keine Gültigkeit hat, was sich in dem fortwährenden Rückgang der Großbetriebe und dem steten Anwachsen der Kleinbetriebe an Zahl und Fläche nun schon seit 1882 erwiesen hat. Es ist zu hoffen, daß auch die Siedler und Siedlungsanwärter hieraus bald die richtige Anwendung ziehen werden.

A. Lippschitz

Arbeit wurde unterbrochen. Die Frauen bemühten sich um ihre schwerverletzte Kollegin. Der Arzt wurde alarmiert. Er stellte schwere Schädelverletzungen fest und ordnete sofortige Ueberführung in ein Krankenhaus an. Drei Tage später war die Unglückliche ihren Verletzungen erlegen. Ein Schädelbasisbruch mit innerer Verblutung hatte ihrem jungen Leben ein Ende bereitet.

Das war am 8. September 1924. Von dem Unglücksfall nahm selbstamerweise kein Mensch Notiz, sondern erst Jahre später wurden auf Anweisung der Staatsanwaltschaft Ermittlungen angestellt. Dabei stellte sich heraus, daß in demselben Betrieb schon einmal ein ähnlicher Unglücksfall vorgekommen war, bei dem aber die abgestürzte Frau mit dem Schrecken davonkam. Festgestellt wurde, daß der Landwirt nicht in vollem Maße den Anordnungen der Berufsgenossenschaft acht nachgekommen war und vor allem verfahren hatte, eine Leiter aufzustellen, die den hochgelegenen Heuboden mit der Schurre verband. Die Schurre besteht ja nur aus zwei Holzholmen, ähnlich wie beim Barren, auf der die gepressten Strohballen mechanisch auf den Boden transportiert werden. Ein Ballen schiebt den andern weiter, bis der erste den Boden erreicht hat. Oben stehen die Frauen, die den hochgehobenen Ballen in Empfang nehmen und an seinen Bestimmungsort bringen.

Zwischen also war es mit dieser Schurre gegangen, ohne daß etwas passiert. Im Jahre 1917 aber war auf bisher nicht völlig geklärter Weise eine Arbeiterin B o l l i n abgestürzt. Da die Frau glücklicherweise nicht verletzt worden war, machte man sich keine Gedanken über die Ursache des Sturzes. Im Jahre 1924 forderte nun das Erschickern der Schurre ein Menschenleben. Frau M e i n e, die seit langer Zeit in Diensten des Michael stand, mußte ihr Leben hergeben.

Dem Landwirt Karl Michael brachte das traurige Vorkommnis eine Anklage wegen fahrlässiger Tötung

ein. Vor dem Erweiterten Schöffengericht in Magdeburg hatte er sich am Sonnabend zu verantworten. Zwei Sachverständige waren erschienen, um klarzustellen, wie der Sturz möglich war. Volle Klarheit hat die Verhandlung nicht gebracht. Die beiden Sachverständigen stimmten darin überein, daß der Angeklagte unbedingt eine Leiter hätte anbringen müssen, um den Frauen ohne Schwierigkeit den Aufstieg zum Heuboden zu ermöglichen. Das Unglück selbst kann auf zweierlei Art entstanden sein. Entweder ist die Frau Meinke auf einen Strohballen getreten, der nicht fest genug gepresst war und ist mit dem Ballen durch die Holme gerutscht, oder es ist unten an der Schurre, wo die Ballen von der Maschine auf die Holme gedrückt werden, ein Fehler eingetreten, wodurch sämtliche auf der Schurre liegenden Ballen nachgerutscht sind und die Verunglückte von der Schurre gestürzt haben. Nachdem der tödliche Unglücksfall passiert ist, steht eine Leiter bereit, um sicher den Strohballen erreichen zu können.

Der Staatsanwalt hält den Angeklagten für schuldig und meint, er habe groß fahrlässig gehandelt. Der Arbeitgeber hat die Pflicht, alle notwendigen Einrichtungen seines Betriebes so anzustellen, daß Gefahr für die Gesundheit oder das Leben der Angeestellten nicht besteht. Wegen fahrlässiger Tötung beantragte der Staatsanwalt 5 Monate Gefängnis. Das Gericht sah das Vergehen des Angeklagten für erheblich geringer an, zog die Zu-

fälligkeiten in Betracht, die bei dem Todessturz mitgewirkt haben und beurteilte den Angeklagten an Stelle einer Gefängnisstrafe von 2 Wochen nur zu 150 M a r k G e l d s t r a f e.

Kreis Calbe

Späte Gurfenernte. Die unglückliche Witterung ließ geringe Hoffnungen für die Gurfenernte, um so mehr die Gurkenfelder zum zweiten Male befestigt werden mußten. Die letzten Wochen haben aber einen befriedigenden Stand herbeigeführt, so daß die Produzenten, falls nicht kühle Nächte die Fruchtansätze schädigen, wenigstens auf ihre Kosten kommen.

Reichswehrrübungen. Die Brüdenbauübungen auf der Elbe und Saale finden nun genau zwischen dem 17. und dem 24. August statt. In diesen Tagen wird zu bestimmten Stunden der Schiffsverkehrsverkehr auf den Störmen gesperrt werden.

Eine Raubtat sondergleichen. Jugendliche Diebe nahmen den Garten eines Arbeiters hinter der Ziegelei arg mit. Sie gingen besonders roh vor, indem sie das unreife Obst abrissen und die Beeren zerstampelten.

Befestigungsarbeiten an der Nonnplatz-Straße. Um einem Abbröckeln der Kannte der Betonfahrbahn auf der Nonnplatz-Straße vorzubeugen und um die Auffahrt für Fuhrwerke vom Sommerwege her zu erleichtern, wird jetzt noch ein fester Streifen Steinschotter angefügt.

Gefährliche Sensen. Beim Roggenabnehmen wurde einem bei dem Walternienburger Landwirt Riem in Stellung befindlichen Mädchen durch die Sense die Wade zerföhren. Einem Mädchen bei dem Landwirt A. W e f e r l i n g in demselben Ort erging es nicht besser, als es auf den Wagen steigen wollte. Beide mußten ärztliche Hilfe in Anspruch nehmen. Anscheinend waren die Sensen ungenügend gesichert.

Schönebeck

Abgestürzt vom Motorboot. Am Sonnabend nachmittag gegen 5 Uhr stürzte die Ehefrau Otto, Müllerstraße, von ihrem eignen Motorboot Nöwe herab ins Wasser. Dem sofortigen Nachbringen des Ehemannes, der sich auf einem andern Schiffe, einem Dampfer befand, hat sie ihr Leben zu verdanken.

Wegen verletzten schweren Diebstahls wurde der Arbeiter Willi W. zu 3 Monaten Gefängnis verurteilt. W. wollte am 17. September 1923 die Bahnhofsdrogerie betrauben. Ein Polizeibeamter bemerkte jedoch den Vorgang.

Förderstedt

Die Parteiverammlung am Freitag war trotz der Erntearbeiten gut besucht. Mit kurzen Begrüßungswörtern eröffnete sie der Vorsitzende, Genosse Otto B e r g l i n g. Den Kasfenbericht erstattete Genosse W. G e n n i n g. Dieser zeigt eine merklliche Beförderung. Die monatliche Beitragsleistung kann als gut bezeichnet werden. Auch die Mitgliederbewegung zeigt eine steigende Tendenz. Rauffert werden 68 männliche und 65 weibliche Mitglieder. Genossin G r u j e bemängelt, daß nicht alle 81 Mitglieder der Frauengruppe rauffert werden. Genosse G e n n i n g als Rauffert stellte Abhilfe in Aussicht. An der allgemeinen Ausprache beteiligten sich die Genossen F r i e d r i c h, S o r e n z, B e i f e r r, W e i d e und G r u j e. Den Bericht über die

Nacharbeiten zum Parteifest erstattete Genosse O. Bergling. Sie sind sehr gut fortgeschritten. Das Programm sieht vor: Sonntagabend Sommer unter Mitwirkung des Arbeitergesangsvereins Abend, der Freien Turnerschaft, der gesamten Stenmlerischen Musikkapelle, einiger Jugendgenossinnen usw. Die Festrede hält Landtagsabgeordneter Genosse S. Käfer (Schönebeck), Sonntag vormittag 6 Uhr großes Beden. Von 10.30 bis 12 Uhr findet eine sozialistische Feierstunde statt. Hier wirken mit außer der Stenmlerischen Kapelle der Arbeitergesangsverein Staffurt, die sozialistische Arbeiterjugend der Höhe und die Freie Turnerschaft. Festredner ist Reichstagsabgeordneter Genosse W. Dittmann. Von 12.30 Uhr bis 13.30 Uhr großes Platzkonzert. Um 15 Uhr Uebergabe der Höhe und die Freie Turnerschaft. Festredner ist Reichstagsabgeordneter Genosse W. Dittmann. Von 12.30 Uhr bis 13.30 Uhr großes Platzkonzert. Um 15 Uhr Uebergabe der Höhe und die Freie Turnerschaft. Festredner ist Reichstagsabgeordneter Genosse W. Dittmann. Von 12.30 Uhr bis 13.30 Uhr großes Platzkonzert. Um 15 Uhr Uebergabe der Höhe und die Freie Turnerschaft. Festredner ist Reichstagsabgeordneter Genosse W. Dittmann.

Bad Salzungen

Die Arbeiterwohlfahrt unternahm mit den Invaliden und Sozialrentnern einen Ausflug nach dem Hummelberg. 80 alte Leute nahmen daran teil. Sie wurden mit Kaffee und Kuchen bewirtet. Eine Musikkapelle sorgte für angenehme Unterhaltung. Eine lustige Polonaise, die jung und alt vereinigete, zog von den alten Hummelberg. Der Wettergott drohte und zwang viele Teilnehmer zu vorzeitigem Aufbruch. Die übrigen blieben bei frohem Tanz noch lange beisammen. Dieser Tag wird allen Teilnehmern noch lange in Erinnerung bleiben.

Felgeleben

Weil er ohne Licht fuhr. Auf der Chaussee zwischen Felgeleben und der Siebling Gasse in Schönebeck kam es in der Dunkelheit des 12. Juli vorigen Jahres in der Nähe des Offiziershofs zu einem Zusammenstoß zwischen einem Auto und dem Führer eines Handwagens. Das Führer des Handwagens von hinten einen schweren Schlag, und zwar von beratiger Wucht, traf die Insassen des Wagens, der Händler Wittlau mit Frau und Sohn, vom Wagen geschleudert wurden. Der Ehegatte Wittlau trug Verletzungen an der Hand, sein 4 Jahre alter Sohn schwere Verwundungen am Kopf davon. Wegen jahrlanger Körperverletzung stand der Chauffeur Walter Kretschmar aus Bad Salzungen vor dem Erweiterten Schöffengericht in Magdeburg. Der Angeklagte behauptet, ordnungsgemäß gefahren zu sein. Das Unglück kam nur passiert sein, weil der Wagen des Wittlau kein Licht hatte. Der Junge Wittlau behauptet das Gegenteil. Er sagte, daß der Chauffeur kein Licht gehabt hätte, während sein Wagen den Vorschriften entsprechend beleuchtet war. Da noch einige Zeugen die Angaben des Verletzten Wittlau bestätigten, hielt das Gericht den Angeklagten für schuldig und verurteilte ihn wegen jahrlanger Körperverletzung zu einer Geldstrafe von 150 Mark. Mit dieser Geldstrafe wird die Gefängnisstrafe noch nicht abgetan sein. Der Händler Wittlau wird nun auch noch zivilrechtlich gegen den Chauffeur vorgehen, da er ja nicht nur Schmerzen an der Hand, sondern auch Schädigungen erlitten hat. Er beklagt vor allem den Verlust von 300 Stern im Werte von 36 Mark und beantragt eine neue Hofe, die ihm 12 Mark gekostet hat. Ganz kommen noch die Reparaturkosten für den Wagen und die Doktorkosten für das verletzene Pferd.

Stendal

Der Ferienausflug der Arbeiterwohlfahrt ist zum größten Vergnügen der hochwürdigen Damenleitung glücklich gelungen. 96 Kinder zogen unter hohem Marschgefang dem Barckenberg zu. Der Ausflug, der den Kindern und die Schokolade enthielt, wurde in die Hände genommen. In Pausen wurden die künftigen Reisten der Klassen gelobt. Auf dem Barckenberg wurde noch erfolgreicher Übung mit Wasser und Kuchen gekostet und gespielt. Außerdem wurde die Schokolade verteilt, ging es zur Zeremonie. Gar bald flatterte der rote Wimpel auf der Spitze des Turmes, der den Fürsten Wismar geweiht ist. Unzählige erklang das Gesangslied. Es waren jedoch die anderen Zeugen auf die Höhe, die sich aber nicht einschließen ließ. Gar bald schlug die Abschlußstunde und zögernd ging es ins Alltagsrum zurück. Mit Leinwand und Hornmuschel ging es dann des Dorf zum Angust-Recht. Hier sprach Genosse Seiler den Dank an die Verantwortlichen aus und forderte auf, sich über realistische Gewinnen zum Ende am nächsten Ferienausflug noch stärker zu beteiligen. Die Arbeiterwohlfahrt kann stolz auf diese Veranstaltung sein, hat sie doch mit wenigem Mitteln sehr gelungener als der Landweilens bei seinem Kinderfest, zu dem die Teilnahme durch die Lehrer so gut wie erzwungen wurde. Damit gebührt vor allen Dingen den Helfern vom Ausflugszug und den Arbeiterjugend, aber auch dem Wirt auf dem Barckenberg. Hoffentlich finden sich zum nächsten Ausflug noch mehr Kinder ein.

Kreis Jericho 1

Schwab

Arbeiterwohlfahrt, vereint euch! Das Reduktions, auch hier eine Ortsgruppe des Zentralverbandes der Arbeiterwohlfahrt, Sozialrentner, Witwen, Klein- und Invalidenrentner zu gründen, wird immer dringender. Im Laufe der nächsten Wochen wird eine Besprechungsversammlung stattfinden, in der ein Ausschuss für die Besetzung einer Organisations für die Opfer der Arbeit ins Auge gefasst wird.

Wöden

In der Arbeiterwohlfahrt-Versammlung hielt ein Vortrag über die Bedeutung einer Organisation für die Opfer der Arbeit. Der Vortragende sprach über die Wichtigkeit der Zusammenarbeit und die Notwendigkeit der Gründung einer Ortsgruppe. Er erwähnte die vielen Schwierigkeiten, denen die Arbeiterwohlfahrt ausgesetzt ist, und die Notwendigkeit der Unterstützung durch die Partei.

Stadtkreis Burg

Die Besetzung der Ausschüsse hat eine neue Ordnung in der Verwaltung gebracht. Die Ausschüsse sind nun besser organisiert und arbeiten effektiver. Die Verwaltung ist dadurch erleichtert und die Bürger werden besser bedient.

Nach der Münze

Die Münze ist ein wichtiges Element der Wirtschaft. Die Regierung hat Maßnahmen ergriffen, um die Münze zu stabilisieren und die Inflation zu kontrollieren. Die Bürger sind aufgefordert, die Maßnahmen der Regierung zu unterstützen.

Mit Freigang Karl Müller

Stadtkreis

Die Verwaltung hat neue Maßnahmen ergriffen, um die öffentliche Ordnung zu verbessern. Die Bürger sind aufgefordert, diese Maßnahmen zu unterstützen und sich an die Regeln zu halten. Die Verwaltung wird die Bemühungen der Bürger zu schätzen wissen.

und zwar Kalkulation. Hierbei hat sich ein Arbeiter im Gespräch über die Arbeitsbedingungen geäußert. Man will die Arbeitsbedingungen verbessern und die Arbeiter vor Ausbeutung schützen. Die Arbeiter fordern höhere Löhne und bessere Arbeitsbedingungen.

Osternburg

Biel Rauch, aber kein Feuer. Am Freitag abend wurde unsere Feuerwehr alarmiert, da man annahm, daß ein Feuer ausgebrochen sei. Als schon die Leute von den Feuern angezündet kamen, stellte es sich heraus, daß ein Irrtum vorlag. Man hatte große Rauchschwaden hochsteigen sehen. Auf der Diegelei von Ginge waren Arbeiter damit beschäftigt, Tee zu kochen, was zu den großen Rauchschwaden führte.

Der Kaskadentänzer wurde hier der 11jährige Sohn des Postboten Schweiß. Kaskadentänzer und kleine Stadtfahrer trafen an der Ecke Seban- und Lannenbergstraße zusammen. Das Auto war in voller Fahrt; der Junge konnte nicht mehr ausweichen. Dr. med. Schulz (Osternburg) leistete die erste Hilfe. Verletzungen am Kopf gaben Anlaß zu Besorgnissen.

Waherbst in der Wiefe. Die der Magistrat bekanntgibt, ist das Baden in der Wiefe bis auf Widerruf verboten, da das Wasser durch die Ueberschwemmungen Giftstoffe mit sich führt.

Kreis Salzwedel

Versticht bei offenem Messer. Der landwirtschaftliche Arbeiter Zwarg sah auf einem Wagon und hatte sich auf den hinteren Teil gesetzt, als plötzlich die Pferde anrücken und er mit einem offenen Messer in der Hand herunterstürzte. Das Messer drang durch die Hand und muß eine Schlagader getroffen haben, denn stark quoll das Blut. Auch Kopfverletzungen trug der Arbeiter davon.

Riese

Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold. Burg, Abgang, Abfahrter! Morgen (Dienstag) um 7 Uhr auf dem Paradeplatz anfahren.

Aus andern Stadtverwaltungen

„Klaffentkampf“ gegen die eigne Klasse

Wenn man den Tiraden der deutschen Moskajünger Glauben schenkt, dann sind sie die einzig wahren Vertreter des Klassenkampfes in Deutschland, den die Sozialdemokratie von Tag zu Tag erneut „herträt“. Aber Worte und Taten sind eben bei den Kommunisten zweierlei, denn schon recht oft hat sich erwiesen, daß sie gemeintem Verrat am Klassenkampf des Proletariats über, wenn es gilt, der verhassten Sozialdemokratie einzuzutreten, welche höhere Einsicht die Kommunisten bei ihrer sogenannten „Kommunalpolitik“ leitet, bleibt jedem denkenden Arbeiter unerfindlich. Nicht nur in Magdeburg, wo sie in jeder Stadtbürgerordneten-Sitzung in ihrer Hilflosigkeit die Interessen des arbeitenden Volkes mit Füßen treten.

Setzt können wir von einer kommunalpolitischen Heldentat der Kommunisten in Gelsenkirchen berichten. Dort hatte die Stadtverwaltung beantragt, dem Verein „Jugendheim“ ein städtisches Darlehen von 2000 Mark und einen Zuschuß von 5000 Mark zur Errichtung eines Jugendheims zu gewähren. Kommunisten und Deutschnationale, Arm in Arm, lehnten die Bewilligung dieser Mittel ab, so daß die Vorlage fiel. Man könnte nun annehmen, daß sich Kommunisten und Deutschnationale für ein Kulturwerk, wie es ein Jugendheim darstellt, als gemeinsamer reaktionärer Gesinnung nicht erwärmen konnten.

Die Sache erscheint aber sofort in einem andern Lichte, wenn man weiß, daß der Verein „Jugendheim“ aus der Arbeiterwohlfahrt entstanden ist, daß das zu errichtende Heim eine Stätte für die sozialistische Arbeiterjugend werden sollte. In Anerkennung der vorbildlichen sozialistischen Jugendarbeit hatten die Zentrumsführer den Antrag ebenfalls abgelehnt. Die Entscheidung lag also bei den Kommunisten und die Lehnten ab.

So sehen die Einheitsfrontapostel und „Klaffentkämpfer“ in der Praxis aus. „Klaffentkampf“ nennen sie ihre Politik. Wie aber auch dieser Fall wieder zeigt, Klassenkampf gegen die eigne Klasse, aus blinder fanatischer Mut über die Erfolge der Sozialdemokratie, über die Erfolge sozialistischer Jugendarbeit.

Bücherschau

Die hier angeführten Werke sind in der Buchhandlung Volkswilligkeit zu haben. **„Die Arbeiterwohlfahrt“** von Robert Schen. Verlag Ullstein, Berlin SW 68, Kochstraße. Es ist der Mensch, solange er freit. Diese Worte aus dem „Kampf“ sollte man jenen Büchern voraussetzen. Aber viel mehr sollte man sich damit beschäftigen. Gemeint ist im Buch auch mehr als das, was die Arbeiterwohlfahrt auf wirtschaftlichem und gesellschaftlichem Gebiet. Und da ist die Arbeiterwohlfahrt eine wichtige Angelegenheit, mancher wird von dem, wenn er nicht so spät kommt und wenn der Leser auch merkt, daß ihm die Sache angeht. **„Die Arbeiterwohlfahrt“** von Robert Schen. Verlag Ullstein, Berlin SW 68, Kochstraße. Es ist der Mensch, solange er freit. Diese Worte aus dem „Kampf“ sollte man jenen Büchern voraussetzen. Aber viel mehr sollte man sich damit beschäftigen. Gemeint ist im Buch auch mehr als das, was die Arbeiterwohlfahrt auf wirtschaftlichem und gesellschaftlichem Gebiet. Und da ist die Arbeiterwohlfahrt eine wichtige Angelegenheit, mancher wird von dem, wenn er nicht so spät kommt und wenn der Leser auch merkt, daß ihm die Sache angeht.

Stadtkreis Stendal

Gefährdung des Gattenmörders.

Unter dem Druck des Beweismaterials hat nunmehr der verhaftete Gemüthsblinder Hermann Garjewski die grausige Mordtat vom Sonnabend den 2. Juli eingestanden. Merkwürdigerweise will er die Bierflasche nach einem heftigen Streit in großer Aufregung ergriffen haben. Ob der Gattenmörder nun auch noch der Ermordung seines Sohnes überführt werden kann, bleibt abzuwarten.

Der Wochenmarkt am Sonnabend zeigte ein bewegtes Bild. Die Preise waren folgende: Kartoffeln 10 Pfund 75 Pf., der Zentner 7 Mark, Erbbsen 30 Pf., Pfundkäse 20 Pf., 30 Pf., Fallkäse 15 Pf., Johannisbeeren Pfund 20 Pf., Stachelbeeren Pfund 20 Pf., Heidelbeeren Pfund 45 bis 50 Pf., Stachelbeeren Pfund 40 bis 50 Pf., Süßholzwurzel 40 Pf., grüne Bohnen Pfund 30 Pf., Weißkohl Kopf 15 Pf., Wirsingkopf 30 Pf., Eier Stück 12 Pf., Landbutter Pfund 1,80 Mark, Kalbfleisch Pfund 1,90 Mark, Landfleisch Pfund 1,50 Mark, Landhühner Pfund 2 Mark, Fisch, Fleisch und Butterpreise sind unbenannt.

Auf dem hiesigen Hauptbahnhof sind in letzter Woche ein Anzug, ein Portemonnaie mit kleinem Inhalt, eine Taube, eine Zeiter für Spediteurmagen, eine Kiste, eine Damen-Regenjacke, eine Brieftasche mit Rentennummer und ein Haase abgegeben worden.

Ferienausflug der Arbeiterwohlfahrt. Am Donnerstag den 4. August veranfaßte die Arbeiterwohlfahrt den zweiten Ferienausflug, diesmal nach dem Bürgerpark. Die Kinder unserer Genossinnen werden sich zahlreich daran beteiligen. Abmarsch 13¹⁵ Uhr vom Hengler'sen Tor.

Der Mieterverein hielt am Donnerstag im Lokal Oeter eine gut besuchte Mitgliederversammlung ab. Nach der Rechnungslegung für das 2. Quartal durch den Kassierer hielt Geschäftsführer Plank (Magdeburg) einen Vortrag über die Wohnungsfrage und ihre verschiedenen die Volksgesundheit schädigenden Auswirkungen. Er kritisierte die unzulänglichen Maßnahmen zur Beseitigung der Wohnungsnot, die Verwendung der Hauszinssteuer, die Mietsteigerungen und die Beschränkungen nach „freier“ Wirtschaft. Der Redner forderte auf zur Verbündung neuer Mitglieder. Auch müßten die Mieter bei den kommenden Wahlen ihre Pflicht erfüllen. Dem Vortrag folgte reiches Beifallen und eine ausgiebige Aussprache. Auf Vorschlag des Vorstandes beschloß die Versammlung, die Anwesenheitsliste Herrn Hallmann, Köhrstraße 87, zu übertragen. Anstunft wird Montag von 11 bis 13 und Sonnabend von 17 bis 19 Uhr erteilt. Als Delegierte zum Bezirksrat in Salzwedel wurden die Mitglieder Hallmann und Köhler gewählt.

Aus dem Vorpommern

Eines jaht im Staat des Fürsten.

Die Verwaltung des Fürsten zu Stolberg-Nienburgerode beherrscht durch ihr ausgebreitetes Bestehen nicht nur den Kreis der Grafschaft Nienburgerode, sondern hat auch ausgebreiteten Besitz und Industrie in Schlesiens. Man ist nicht etwa der Fürst selbst Herrscher seines Reichs, sondern die Landtage steht fest, daß er in seinem „Reich“ mehr oder weniger gar nichts zu sagen hat. Der unumschränkte Herrscher sind der Kammerpräsident und die Kammerräte. Das es so ist, hat der „Gerrichter“ sich selbst zugestanden, da er vor Jahren in Monte Carlo am Spieltisch den Beweis dafür erbracht hat, daß er den Kammerpräsidenten zu jenem großen Einfluß gelangt. Der Fürst selbst ist erst als Mensch ein nicht zu vernachlässigender Charakter, aber zu melden hat er eben nichts.

Im Jahre 1923 ist an Stelle des damaligen Kammerpräsidenten Lohmann, der für finanzielle Großtransaktionen höher zu haben war, ein etwas jüngerer Knopf, der sich auf dem Finanzmarkt bemerkbar gemacht hatte, gewonnen worden. Kammerpräsident wurde Herr Reinhardt, welcher der finanziellen Hilfe der fürstlichen Kasse den notwendigen Cashstrom zuführen sollte.

Jedoch die Herrschaft dauerte nicht allzulange. In diesen Tagen hat der Fürst sich angesetzt und dem Herrn Kammerpräsidenten sein fürstliches Vertrauen entzogen. Herr Reinhardt, der sich als Exzentriker erwiesen hat, kann gehen. Das hat auch manche Schwierigkeiten bringen wird, ist natürlich, da der Herr bei seinem Austritt sich sehr geschäftig hat als ein Arbeiter beim Einzug eines neuen Arbeitsverhältnisses tun kann.

Jedes Kennenwörter sind weiß, daß die Transaktionen auf internationalen Gebiet dem Fürsten Kopf und Krone kosten würden, wenn das System Reinhardt auf solches Kennenwörter erreicht werden würde. Die Beteiligung an der Schuldenaufnahme Karaschli löst die Lanze und über Lanze. Der Verkauf der Pommerschen Eisenbahn an eine Magdeburger Firma und der Wiederkauf durch die fürstliche Verwaltung löst ebenfalls eine ganze Geld. Auch die sonstigen finanziellen Verfügungen an internationalen Stellen waren keine Erfolglos und so liegt denn der Krieg geraden am Boden. Der wichtigste Schritt werden die entsprechenden Arbeiter der fürstlichen Verfügungen aus ersten zu haben haben.

Die Umbenennungen der fürstlichen Familie mit dem Kammerpräsidenten veranfaßte die Kammerverwaltung, das Hauptquartier des Kammerpräsidenten auf 8 Tage verabschieden zu haben.

Jugendtag in der Zeit. Dr. Spengler aus Berlin, der Gehring und Prinz Wilhelm von Preußen eine

„Die Arbeiterwohlfahrt“ von Robert Schen. Verlag Ullstein, Berlin SW 68, Kochstraße. Es ist der Mensch, solange er freit. Diese Worte aus dem „Kampf“ sollte man jenen Büchern voraussetzen. Aber viel mehr sollte man sich damit beschäftigen. Gemeint ist im Buch auch mehr als das, was die Arbeiterwohlfahrt auf wirtschaftlichem und gesellschaftlichem Gebiet. Und da ist die Arbeiterwohlfahrt eine wichtige Angelegenheit, mancher wird von dem, wenn er nicht so spät kommt und wenn der Leser auch merkt, daß ihm die Sache angeht.

„Die Arbeiterwohlfahrt“ von Robert Schen. Verlag Ullstein, Berlin SW 68, Kochstraße. Es ist der Mensch, solange er freit. Diese Worte aus dem „Kampf“ sollte man jenen Büchern voraussetzen. Aber viel mehr sollte man sich damit beschäftigen. Gemeint ist im Buch auch mehr als das, was die Arbeiterwohlfahrt auf wirtschaftlichem und gesellschaftlichem Gebiet. Und da ist die Arbeiterwohlfahrt eine wichtige Angelegenheit, mancher wird von dem, wenn er nicht so spät kommt und wenn der Leser auch merkt, daß ihm die Sache angeht.

„Die Arbeiterwohlfahrt“ von Robert Schen. Verlag Ullstein, Berlin SW 68, Kochstraße. Es ist der Mensch, solange er freit. Diese Worte aus dem „Kampf“ sollte man jenen Büchern voraussetzen. Aber viel mehr sollte man sich damit beschäftigen. Gemeint ist im Buch auch mehr als das, was die Arbeiterwohlfahrt auf wirtschaftlichem und gesellschaftlichem Gebiet. Und da ist die Arbeiterwohlfahrt eine wichtige Angelegenheit, mancher wird von dem, wenn er nicht so spät kommt und wenn der Leser auch merkt, daß ihm die Sache angeht.

„Die Arbeiterwohlfahrt“ von Robert Schen. Verlag Ullstein, Berlin SW 68, Kochstraße. Es ist der Mensch, solange er freit. Diese Worte aus dem „Kampf“ sollte man jenen Büchern voraussetzen. Aber viel mehr sollte man sich damit beschäftigen. Gemeint ist im Buch auch mehr als das, was die Arbeiterwohlfahrt auf wirtschaftlichem und gesellschaftlichem Gebiet. Und da ist die Arbeiterwohlfahrt eine wichtige Angelegenheit, mancher wird von dem, wenn er nicht so spät kommt und wenn der Leser auch merkt, daß ihm die Sache angeht.

Fußball am Sonnabend

Der langjährige Bezirksmeister Bader schenkt am Sonnabend den 8. August in Magdeburg, um mit dem Sportklub Borussia ein Freundschaftsspiel auszutragen. Der Kräftig auf dem Sportplatz der Borussia an der Hallesche der Straßenbahnlinie 8, Cafe Ende- und Diederichs-Straße, erfolgt 18.30 Uhr. Vor diesem Spiele trägt die neugegründete Fußballmannschaft der Borussia ein Handballspiel gegen Diederichs aus.

Sporttag in Althaldensleben

Die Arbeiterbewegung in Althaldensleben ist noch recht jung. Erst langsam scheint sie sich zu entfalten, damit sie zur Mitte gelangt. Der Sporttag am 6. und 7. August in Althaldensleben soll dazu beitragen. Das Programm ist reichhaltig ausgearbeitet. Gesagt sei heute nur kurz, daß als Hauptveranstaltung für den Sonntagabend der Handball zum Mittelpunkt mit der Feuerprobe angesehen wird. Am Sonntag werden die fünf Vereine der Umgebung von Althaldensleben teilgenommen. In der Mitte der vierjährigen Handballspiele am Sonntag wird das Freundschaftsspiel zwischen Bader Althaldensleben und Eintracht Cernsdorf stehen. Es wird am Nachmittag um 1 Uhr im Althaldensleben, alle Arbeiter und Gemeindeführer werden in der Mittagspause durch Massenbeteiligung am 6. und 7. August den Bürgern von Althaldensleben, daß die Arbeiterbewegung ein Recht auf Existenz hat!

Mitteilungen der Sportvereine

Nächste Suedenburg, Dienstag 19 Uhr Leichtathleten-Training. Nicht die letzten längeren Sommerabende noch aus. - Mittwoch 20 Uhr bei Ernst Rau-

Aus der Wirtschaft

Fusion. Die Fusion der Kaufmanns Feld u. Franke und Industrie- und Bauunternehmensgesellschaft wurde auf der Generalversammlung der erstgenannten Gesellschaft gegen den Widerstand einer zahlenmäßig geringen, aber sehr hartnäckigen Opposition nach langer Aussprache beschlossen. Der Vorstand begründete dabei den Beschluß damit, daß durch die Fusion eine bessere Ausnutzung der Betriebe und eine bessere Finanzierung der Bauvorhaben erreicht werden würde. Die Minderheit wehrte sich vor allem deshalb, weil sie in dem vorgeschlagenen Aktienumsatz eine wesentliche Benachteiligung der kleinen Aktionäre sah. Die Verwaltung rechnet, daß die Fusion auch höhere Profite bringen wird, was eigentlich ja auch der Zweck der Fusion bei all solchen Transaktionen ist.

Fusionsverhandlungen. Die die Aufnahme der Firma Rautenwies in den Kapitalbaumgärtnern (Schultheiß-Bahnhöfer) bezwecken, werden seit einiger Zeit geführt.

Ferengas. In der Frage der Ferngasversorgung wird neuerdings von dem günstigen Fortgang von Verhandlungen zwischen den Kohleninteressenten und den beteiligten Kommunen gemeldet. Sowohl im Rheinland und in Westfalen wie in Oberschlesien sind Bestrebungen im Gange, die Ferngasversorgung bald durchzuführen. Der endgültige Erfolg wird in entscheidender Weise davon abhängen, ob die Kohlenbarone bereit sind, den öffentlich-rechtlichen Körperschaften einen hinreichenden Einfluß auf Produktion und Verteilung zu geben.

Präsidenten des Reichshilfsrats. Das Deutsche Reichshilfsrat bestätigte den Beschluß seines Ausschusses, wonach anstatt des bisherigen kürzlich verstorbenen Präsidenten Kempner ein dreiköpfiges Präsidium aus den Herren Korte, Kasper und Giller gewählt wurde. Der letztere wird dem Reichshilfsrat bei der Wahl zum Vorsitzenden vorgeschlagen werden.

Abkommen in der chemischen Industrie. Ein bemerkenswertes Abkommen in der chemischen Industrie ist zwischen der deutschen I. G. Farbenindustrie und der amerikanischen Arabin Corporation abgeschlossen worden. Die französische Tochtergesellschaft dieses amerikanischen Unternehmens, die Société de Charbonnages, die ihr Kapital um 50 bis 100 Millionen Franc zu erhöhen beabsichtigt, soll nach diesem Vertrag eine Reihe von deutschen Patenten der alkylierten Kohle zur Bewertung außerhalb Deutschlands übernehmen. Man versteht unter alkylierter Kohle chemisch aufbereitete Kohlenarten, die sich zum Reinigen und Entfärben eignen und daher in einer ganzen Reihe von Industrien Verwendung finden. Bereits früher hatte die amerikanische Gesellschaft der deutschen die Patente durch gerichtliche Klagen strittig gemacht. Nach dem Mißerfolg dieser Klagen haben sich die beiden Präsidenten Brüder zur Zusammenarbeit bereit gefunden.

Glasindustrie. Die schlesischen Tafelglashütten haben ein eigenes Syndikat gebildet, das den Absatz der beteiligten Glashütten regelt. Dieser neue Verband führt den Namen „Verkaufsspielplatz der schlesischen Tafelglashütten & Co.“

Gewerkschaftsbewegung

Die wirtschaftlichen Arbeitskämpfe im Jahre 1926

Der in der Vorjahrszeit gütliche Zusammenhang zwischen schlechter wirtschaftlicher Konjunktur und unangünstiger Arbeitsmarktlage einseitig und einem Sinken der Streiks und Ausperrungen andererseits trat im Jahre 1926 wieder klar in Erscheinung, nachdem schon im Jahre 1924 der Streik wieder ausschließlich zum wirtschaftlichen Arbeitskämpfe, zum Mittel der Erzielung besserer Arbeitsbedingungen, geworden war, während er in den Jahren 1919 bis 1923 vielfach als politisches Kampfmittel in Erscheinung trat.

Auch bei in der neuen Nummer des „Reichsarbeitsblattes“ veröffentlichten Zusammenstellungen betrug die Zahl der Streiks in Deutschland 35, die der Ausperrungen 11. Streifen wurden von den Streikenden 212 Betriebe, von den Ausperrungen 748 Betriebe mit 5998 bzw. 5813 Beschäftigten. Die Zahl der Streikenden (bzw. Ausperrungsgegenstände) betrug 646 676 bzw. Streik mit 101 104 durch Ausperrung.

Die Ursache für Streik oder Ausperrungen war in 315 Fällen die Lohnfrage, in 26 Fällen die Frage der Arbeitszeit und in 117 Fällen sonstige Gründe. Von den Streikenden bzw. Ausperrungen hatten, dem Standpunkt des Arbeitnehmers betrachtet, 81 vollen, 158 teilweise und 136 keinen Erfolg. Noch besser steht der günstige Abschluß in Erscheinung, wenn man die Ergebnisse nach der Zahl der Streikenden oder Ausperrungen feststellt. Da hier ein voller Erfolg für 629, ein teilweiser für 7132 und kein Erfolg für 13114 Arbeitnehmern in Frage.

Bei abgelaufenem Jahre 1926 waren im ganzen 1423 Streiks, die mit ganz weitaus bekannt wurde durch die maßgebende Arbeitsvermittlung. Anfang der Woche in der zweiten Hälfte 1926, besonders die Festlegung der Arbeitsmarktlage im letzten Vierteljahr 1926 hat sich aber, wenn auch nur teilweise, teilweise langwieriger Arbeitskämpfe in Erscheinung treten.

Reichweitig nach einem Jahre, die für die Provinz Sachsen erreicht werden sind. Streik gewerkschaftlicher Arbeiter haben hier seit 10. bzw. dessen 81 Betriebe mit 1607 Beschäftigten betroffen werden. Die Zahl der Streikenden betrug 33 577. Grund zum Arbeitskämpfe gab in 9 Fällen die Lohnfrage. Erfolg hatten die Streikenden in 1 Falle voll, in 7 Fällen teilweise, nur in 2 Fällen, die aber insgesamt nur 24 Teilnehmer betrafen, wurde kein Erfolg erzielt, während für 1224 Teilnehmer ein voller in Erscheinung trat.

Streik der Land- und forstwirtschaftlichen Arbeiter kamen 1926 in der Provinz Sachsen nur in einem Falle vor, der 3 Betriebe mit 145 Beschäftigten betraf. Grund war Lohnforderung. Auch dieser Streik schloß mit einem Teilerfolg der Arbeitnehmer ab. Ausperrungen gewerkschaftlicher Arbeiter kamen in der Provinz Sachsen im Jahre 1926 nur in einem Falle vor, bei dem 10 Betriebe mit insgesamt 57 Beschäftigten betroffen wurden. Die Zahl der verurteilten Arbeiter betrug hier 811. Der Grund gab auch hier die Lohnfrage.

Wohle Handwerker in der Provinz Sachsen nach Streik betroffen werden, gibt ebenfalls aus der Zusammenstellung hervor, daß für die Anzahl der streikenden Arbeiter in der gewerkschaftlichen (bzw. gewerkschaftlichen) der einzelnen Bezirke nicht. Diese betragen in der Provinz Sachsen nach Streik

mann Turnspieldaustausch. Alle Mannschaftsführer müssen heute Montag zur Höhe kommen.

S. F. B. Magdeburg. Mittwoch Monatsversammlung. Pflicht der Mitglieder ist es, um 20 Uhr im Vereinslokal zu sein. Schluß und Vorstandssitzung Dienstag 19 Uhr.

Turnspieldaustausch. Heute Montag 20 Uhr bei Brunow, Braune Girscht. 3. Vereinslokal Gelnahder Straße.

Nächte Magdeburg: Morgen (Dienstag) zur Turnstunde in Wilhelmstadt 19.30 Uhr alles pünktlich zur Stelle. Von der Stadternte darf keiner fehlen.

Kinderfestspiele Nächte Magdeburg. Das den Mitarbeitern zugewiesene Material ist voll in Anwendung zu bringen. Freitag den 5. August alle Ordner aufpassen 8 Uhr (Mar Gieseler). Spielleute vollständig zur Stelle. Sonnabend alle Ordner (Otto Schulze). Helfer für die Bühne (Hugo Meyer), Kaffeeküche (Fritz Schaper), 19 Uhr. „Nationalfestspiele“.

Sonntag 8 Uhr Beden, Auszug Alle Neuhauf von Winter, Neue Neuhauf vom Friedrichsplatz. Treffpunkt Neuhauf der Bahnhof. Für Einteilung Kurt Schwaiger. 7 Uhr alle Kampfleiter, Hülfenführer auf dem Friedrichsplatz (Hermann Gieseler). Zum Festzug alle Kleintindergruppen um 11 Uhr auf dem Staatsbürgerplatz.

Aus dem bürgerlichen Sportlager

Leichtathletik.

Bei einem leichtathletischen Sporthfest zwischen Deutschland und der Schweiz, das am Sonntag in Düsseldorf ausgetragen wurde, fielen Deutschland mit 90,5 auf 15,5 über die Schweiz. Die Schweizer errangen nur im Stabhochsprung einen ersten Platz, wo Gerlach 9,80 Meter sprang gegen den Deutschen Heg mit 3,50 Meter. Die beste Leistung des Tages war die

1x100-Meter-Staffel, die Blücher, Dr. Blücher, Honken und Schüler in der Weltrekordzeit von 41 Sekunden liefen. In der 4x400-Meter-Staffel wurde mit 3.19,3 von Schmidt, Engelhardt, Neumann und Wagner eine neue deutsche Rekordzeit gelaufen. Lieber 100 Meter wurde Douber mit 10,6 Sekunden bester. Im 200-Meter-Sprint gewann Schüler in der deutschen Rekordzeit von 21,4. Im 400-Meter-Sprint gewann Blücher in 50,4. Im 800-Meter-Sprint gewann Blücher mit 2.02,1. Über 1600 Meter liefte Douber in 4.08,8. Über 5000 Meter liefte Blücher in 15.18,4. Im Weitsprung erzielte Doubermann 7,41,5 Meter, im Speerwerfen Moles 59,47 Meter, im Hochsprung Köpke 1,80 Meter, im Diskuswerfen Hoffmeister 42,33 Meter und im Kugelstoßen Bredenmaier 14,10 Meter.

Berufssport

Länderkampf Belgien gegen Deutschland.

Der nächste Renntag auf der Magdeburger Radrennbahn an der Berliner Chaussee wird im Zeichen des Lebens für ein verstorbenen Größten des Dauerfahrersports stehen. In drei Wettbewerben, die dem Andenken Franz Krupais, Fritz Thielles und Thobias Mölls gewidmet sind, werden zwei hervorragende belgische Dauerfahrer gegenüberstehen. Die Wahl fiel auf den gebürtigen belgischen Dauerfahrer ersten Ranges belgischen Weltmeister Emil Janssens, der als die neueste Entdeckung auf dem Gebiet des Dauerfahrersports angesehen werden muß. In Walter Gebante steht dem jungen belgischen Dauerfahrer ein guter Berater und befahrener Führer zur Seite. Die Gegenwart des Belgiers wird sich aus seinem Landsmann von Aussehen und dem beiden deutschen Dauerfahrern Richard Jungmann (Chemnitz) und dem Breslauer Paul Thomas zusammensetzen. Man muß das Stärkeverhältnis der beiden Ländermannschaften als ziemlich ausgeglichen bezeichnen.

Die Taktik der Arbeitgeber ist sehr durchsichtig. Sie wollen gar keine ernsthafte Klärung des Sachverhalts durch das Haupttarifamt. Sie werden deshalb alles tun, damit die ihnen empfohlenen Verhandlungen vor dem Haupttarifamt, wenn sie sich dazu bequemen, zu keinem Resultat führen, um so vielleicht für ein Eingreifen des Schlichters die Bahn freimachen zu können. Wenn sie sich nur nicht käufchen! Auch den Arbeitgebern des Baugewerbes sollte schließlich klar sein, daß eine Arbeitszeitverordnung keine endgültige gesetzliche Regelung der Arbeitszeit darstellen kann.

Ein Erfolg der Textilarbeiter

Die Streikbewegung der Pfälzer Textilarbeiter ist mit einem vollen Erfolg für die Arbeiter abgeschlossen worden. Der Ludwigshafener Schiedsspruch wurde vom bayerischen Landesrichter für verbindlich erklärt. Die beiden Textilarbeiterverbände hatten bei den Nachverhandlungen ihren Antrag auf Verbindlichkeitsklärung nur deswegen zurückgezogen, weil die sogenannte Friedensklausel fehlte.

Nunmehr sind die Sicherungen dafür, daß keine Maßregelungen stattfinden und daß der Streik nicht aus Unterbrechung des Arbeitsverhältnisses gilt, geschaffen worden. Die Tarifdifferenzen werden in besonderen Verhandlungen geregelt und es ist damit zu rechnen, daß auch hier für die Textilarbeiter ein Erfolg herausspringen wird.

Das Auftrumpfen der pfälzischen Textilunternehmer, die sich schließlich an die Gewerkschaften mit der Bitte um Einstellung des Streiks gewandt haben, hat also nichts gefruchtet.

Die Verhandlungen in Düsseldorf. Die Verhandlungen über den Schiedsspruch, der für die nordrheinische Gruppe der Metallindustrie gefällig wurde, wurden erst am Freitagabend in Düsseldorf weitergeführt. Man rechnet mit einer langen Dauer der Verhandlungen. Wahrscheinlich ist die Einleitung eines neuen Schlichtungsverfahrens notwendig.

Bereine und Versammlungen

Fabrikarbeiter.

Die ordentliche Generalversammlung des Verbandes der Fabrikarbeiter, Verwaltung Magdeburg, tagte am 25. Juli in der „Bürgerhalle“. Vor Eintritt in die Tagesordnung wurde das Andenken der verstorbenen Mitglieder in der üblichen Weise geleistet. Dann erstattete der Bevollmächtigte Otto Frenzel den Geschäftsbericht für das 2. Quartal. Die günstige Konjunktur hielt auch während der Berichtszeit an. Dadurch erfuhr der Arbeitsmarkt eine weitere Verbesserung, so daß bis zum Ende des Quartals die Zahl der Arbeitslosen um 88,5 Prozent gesunken ist. Ausführlich erörterte der Redner dann die Ursachen, welche die Verbandsleitung veranlassen, den Streik in der Zuckerraffinerie Magdeburg A.-G. nach zwochwöcher Dauer abzubrechen.

Ausgeschlossen wurden auf Grund des § 14 Ziffer 3a des Verbandsstatuts folgende von den an diesem Streike beteiligten Mitglieder: Otto Wietke, Hermann Ködel, Adolf Wolbaum, Paul Renzler, Gustav Funke, Adam Toll, Hermann Dieze und Karl Leppig. Der bei der Firma Lange u. Co. wegen Arbeitszeitdifferenzen ausgebrochene Streik wurde dagegen nach zwochwöcher Dauer erfolgreich beendet. Die in der Magdeburger Konfektions- und Wärmeladenindustrie, Magarineindustrie, Delindrie, Ziegellindustrie und Magdeburger Sackfabriken eingeleiteten Lohnbewegungen konnten ohne Arbeitseinstellung sämtlich erfolgreich beendet werden.

Die auf Grund des § 6a der neuen Fassung der Arbeitszeitverordnung vereinbarten oder durch Schiedssprüche des Reichsarbeitsministeriums festgesetzten Zuschläge für die über 8 Stunden täglich zu leistende Mehrarbeit betragen: In der Holzindustrie für die 9. Stunde 12% und für die 10. Stunde 5 Prozent, Eisenindustrie für die 9. Stunde 15 und für die 10. Stunde 25 Prozent. Für jede über die tägliche 8stündige Arbeitszeit hinausgehende Arbeitsstunde werden bezahlt: chemische Industrie 25 Prozent, Delindrie 25 Prozent, Margarineindustrie 25 Prozent, Flaschenindustrie 25 Prozent und Tapetenindustrie ebenfalls 25 Prozent.

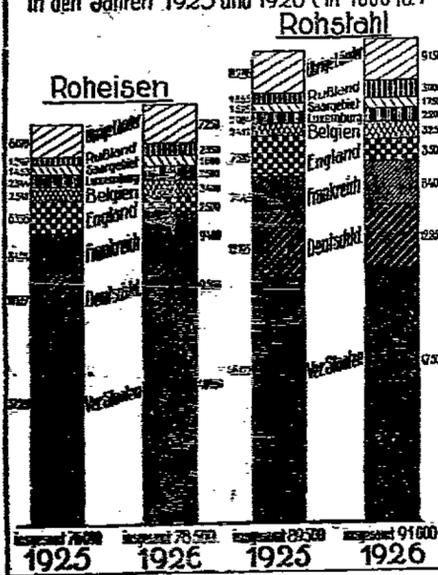
Fenzel berichtete dann noch über das Ergebnis einer statistischen Erhebung über die Gliederung des Mitgliederbestandes. Diese Statistik soll die rechtzeitige Grundlage für die geplante Alters- und Invalidenversicherung des Fabrikarbeiterverbandes sein. Der Einführung dieses neuen Unterstützungszweiges könne man zustimmen, wenn die Arbeitslosenunterstützung unverändert beibehalten würde. Er ersuchte deshalb die Versammelten, in der Diskussion auch Stellung zu dieser wichtigen Frage zu nehmen.

Der vorliegende Kassenbericht wurde vom Kassierer Jauß ergänzt. Die Einnahme der Hauptkassa betrug im 2. Quartal 44 890,90 und die Ausgabe 39 811,65 Mark, Unterfütungen wurden gezahlt: an Arbeitslose 3059,40 Mark, an Kranke 5395,50 Mark, an Streikende 19 177,15 Mark und an die Hinterbliebenen verstorbenen Mitglieder 1429 Mark. Die Kassenkassa verzeichnete 24 246,56 Mark und verausgabte 10 720,18 Mark, so daß am Quartalschluß ein Kassenbestand von 13 526,38 Mark vorhanden war. Namens der Revisoren berichtete Kollege Hoffmann, daß die Kasse, Belege und Bücher geprüft und in bester Ordnung befunden seien und beantragte Entlastung des Kassierers und der Verwaltung.

An der Aussprache über die Berichte beteiligten sich die Kollegen Kunze, Viehmann, Behrens, Großkopf, Schulze, Barh, Rohne, Zander, Gagebarth und Schneider. Sämtliche Redner, mit Ausnahme des Kollegen Schneider, befürworteten die Einführung der Alters- und Invalidenversicherung und äußerten sich in zunehmendem Sinne zu dem Geschäftsbericht. Einstimmig wurde dann der Verwaltung Entlastung erteilt. Der in der vorigen Generalversammlung gefällte Antrag, jedem verstorbenen Mitglied einen Nachruf in der „Tribüne“ und in der „Volksstimme“ zu widmen, wurde vom Kollegen Reinhardt mit entsprechender Begründung zurückgezogen. Hierauf wurde der Antrag der Mitgliederversammlung des Bezirks Rene Neuhauf, der verlangt, daß Nachrufe nur in der „Volksstimme“ erfolgen sollen, mit allen gegen acht Stimmen angenommen.

Zu seinem Schlußwort gab Frenzel unter anderem bekannt, daß zur Ehrung der 102 Jubilare, die über 25 Jahre dem Fabrikarbeiterverband als Mitglieder angehören, am 29. Oktober eine Festlichkeit im Bremer „Konzerthaus“ stattfinden. Er ersuchte die Versammelten, ihnen jetzt für zahlreiche Teilnahme an dieser Veranstaltung in allen Betrieben zu agitieren.

Die Weltgewinnung von Roheisen und Rohstahl in den Jahren 1925 und 1926 (in 1000 t.)



Kampf der Zigarrenarbeiter

In einem scharfen Abwehrkampf stehen seit Wochen die Zigarrenarbeiter in Erlang bei Ratis im Rheinland. Mit allen Mitteln versuchen die in Frage kommenden Firmen Arbeitswillige zu werben. Daß sie dabei wenig Erfolg haben, zeigt ein Vorkommnis, in Kienferl, wo die arbeitslosen Zigarrenarbeiter den Befehl faßten, die Aufnahme der Arbeit bei einer befristeten Firma, die dort eine Filiale eröffnen wollte, abzulehnen. Der Firma blieb deshalb nichts anderes übrig, als ihre nach Kienferl geschickten Arbeiter wieder fortzuschicken.

Um die Kunden bei guter Laune zu erhalten, werden sie mit Ergänzungen anderer Firmen beglückt. Den Sendungen liegt ein Zettel folgenden Inhalts bei: „Wegen Streiks können wir Ihnen leider augenblicklich nicht liefern. Wir hoffen Sie damit einverstanden, daß wir Ihnen . . . als gleichwertigen Ersatz beifügen.“

Den Firmen brennt das Feuer auf den Nägeln. Die Konjunktur können viel mit dazu beitragen, der gerechten Sache der Zigarrenarbeiter zum Siege zu verhelfen, wenn sie den Ortlicher Zigarrenfabrikanten Gebrüder Bierhaus, Julius Gagemann, Hugo Berken, Gebroder Kersten, Heinrich Kersten und Kretels u. Gagemann verständlich machen, daß sie nur Zigarren von solchen Firmen nehmen, die ihren ortsüblichen Verpflichtungen nachkommen.

Unrechthaltung der Untertaxanten

In einem Schreiben des Reichsarbeitsministeriums vom 31. Mai wird darauf hingewiesen, daß die Gemeinden aus Mitteln der Erwerbslosenunterstützung für einen Arbeitslosen gegebenenfalls die Anwartschaftsgelder der inanspruchgenommenen Pensionäre und die für Anwartschaftsgelder der Anwartschaften in der Invalidenversicherung notwendigen Beiträge gleichmäßig zu entrichten haben, und zwar kommt dies bei den Personen in Frage, die ohne Anwartschaft zu sein, aus der inanspruchgenommenen Pensionärin ausgegeben sind und später eine Invalidenversicherungspflichtige Beschäftigung angetreten haben, die zum Erwerb der Anwartschaft auf die Leistungen der Invalidenversicherung berechtigt. In diesem Falle müssen also beide Anwartschaften nebeneinander aufrecht erhalten werden.

Arbeitszeit im Baugewerbe

Die Initiative des Reichsarbeitsministeriums an die Arbeitgeber des Baugewerbes, sie mit ihrer Forderung, eine Schlichtungskommission bilden zu lassen, um einen Schiedsspruch über die richtige Arbeitszeit im Baugewerbe herbeizuführen, zum zweiten Male beim Reichsarbeitsminister eingegangen sind, hat die Ungeduldrigen des Bauers an das Haupttarifamt verwiesen. Nach der Auffassung des Reichsarbeitsministeriums sollen erst alle Verhandlungsmöglichkeiten beim Haupttarifamt ausgeschöpft werden. Danach muß das Haupttarifamt entscheiden, ob die Voraussetzungen für Verhandlungen über die Arbeitszeit vorliegen.

Die Arbeiter sehen auf dem Standpunkt, daß die Arbeitszeit erst nach der gesetzlichen Regelung, d. h. nach der Schaffung des neuen Arbeitsgesetzes im Prinzip geändert werden soll. Die Arbeitgeber behaupten bis jetzt darauf, daß schon die Arbeitszeitbestimmung die endgültige gesetzliche Regelung der Arbeitszeit darstellt.

